



VERGABEUNTERLAGEN

109-25-EK2

Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

Offenes Verfahren (EU) (VOB)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27, 68165 Mannheim, Deutschland

08.05.2025

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Verfahrens- und Vertragsbedingungen für alle Lose.....	3
211_EU_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots.pdf	3
212_Teilnahmebedingungen_EU.....	7
1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen.....	7
2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	7
3 Angebot	7
3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.....	7
3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwende.	7
3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig	7
3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu .	7
3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.	7
3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungsposition	7
3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.....	7
4 Unterlagen zum Angebot.....	7
5 Nebenangebote.....	8
5.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit An.	8
5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend .	8
5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses	8
5.4 Nebenangebote, die den Nummern 5.1 bis 5.3 nicht entsprechen, werden von der Wert.	8
6 Bietergemeinschaften.....	8
6.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform .	8
6.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bieter-g.	8
7 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)	8
8 Eignung	9
8.1 Offenes Verfahren	9
8.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren	9
RNV_Datenschutzinformation	10
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	16
AnschiebenPDF Rechnung.....	16
Anforderungen PDF-Rechnung.....	17
Los 1 und Los 3 Baubeschreibung und Vertragsbedingungen	19
2025-04-25 M372_Los 1 Ausschreibung.pdf	19
1. Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung.....	27
2. Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation	27
3. Art und Umfang der ausgeschrieben Leistung	28
4. Abgrenzung der Leistung	28

5. Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter	28
6. Lage der Baustellen	28
7. Verkehrswege	28
7.1 Straßenverkehr.....	28
7.2 Schienenverkehr	29
8. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	30
9. Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen	30
10. Baustelleneinrichtung	30
10.1 Allgemeines.....	30
10.2 Stellen von Baustelleneinrichtung	31
10.3 Baubüro und sonstige Räume.....	31
10.4 Erste Hilfe-Einrichtungen.....	31
10.5 Sicherung der Baustelle	31
11. Bauausführung	32
11.1 Arbeitszeiten.....	32
11.2 Lärmschutz.....	32
11.3 Transporte	33
11.4 Beweissicherung	33
11.5 Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile	33
11.6 Anlagen im Baugelände	33
11.7 Erdarbeiten.....	33
11.7.1 Haftung bei Kabelbeschädigungen	33
12. Projektmanagement	33
13. Bauleitung	34
14. Ökologische Baubegleitung.....	34
15. Projektsprache	35
16. Ausführungsfristen und Terminplan rnv	35
17. Anmeldungen	35
2025-02-11 M372_Los 3 Ausschreibung	40
1. Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung.....	48
2. Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation	48
3. Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung	49
3.1 Standort 1	49
3.2 Standort 2.....	49
4. Abgrenzung der Leistung	50
5. Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter	50
6. Lage der Baustellen	50
7. Verkehrswege	50
7.1 Straßenverkehr.....	50
7.2 Schienenverkehr	51
8. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	51
9. Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen	51

10. Baustelleneinrichtung	52
10.1 Allgemeines	52
10.2 Stellen von Baustelleneinrichtung	52
10.3 Erste Hilfe-Einrichtungen	52
10.4 Sicherung der Baustellen	53
11. Bauausführung	53
11.1 Arbeitszeiten	53
11.2 Lärmschutz	53
11.3 Transporte	54
11.4 Beweissicherung	54
11.5 Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile	54
11.6 Anlagen im Baugelände	54
11.7 Erdarbeiten	55
11.7.1 Haftung bei Kabelbeschädigungen	55
12. Bauleitung	55
13. Ökologische Baubegleitung	55
14. Projektsprache	56
15. Ausführungsfristen und Terminplan rnv	56
16. Anmeldungen	56
109-25-EK2_Los1undLos3_Vertragsgrundlagen.pdf	62
214_Besondere_Vertragsbedingungen.pdf	63
AGB Baumaßnahmen_Januar 2024	65
216_Verzeichnis_der_vorzulegenden_Unterlagen.pdf	74
Untitled	75
Los 2 Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen	76
2025-02-11 M372_Los 2 Ausschreibung	76
1. Allgemeines	78
1.1 Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung	78
1.4 Ausführungsfristen und Terminplan	78
2.1 Allgemeines	79
2.2 Transport, Verpackung und Lieferung	79
109-25-EK2_Los2_Vertragsgrundlagen	80
634_Besondere_Vertragsbedingungen_Liefer-Dienstleistungen	81
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen_Januar 2024	83
216_Verzeichnis_der_vorzulegenden_Unterlagen.pdf	89
Untitled	90
Auszufüllende Formulare für alle Lose	91
213_mit_Losen_Angebotsschreiben.pdf	91
124_Eigenerklärung.pdf	94
233_Verzeichnis_Nachunternehmerleistungen	97
234_Erklärung Bieter_Arbeitsgemeinschaft	98
Russland-Sanktionen	99

RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung	99
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	101
I. EU-Sanktionen gegen Russland	101
II. Verbot der Auftragsvergabe	101
III. Fortführung bestehender Verträge	102
IV. Ausnahmen	102
V. Zuwendungsbau	103
VI. Inkrafttreten	103
LTMG - Baden-Württemberg	104
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung	104
Verpflichtungserklärung Arbeitnehmer-Entsendegesetz.pdf	113
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	115
Besondere Vertragsbedingungen	117
Los 1 und Los 3: Auszufüllende Formulare	121
221_Preisermittlung_Zuschlagskalkulation	121
222_Preisermittlung_Kalkulation_Endsumme	123
Produkte/Leistungen	125
Eignungskriterien	145
Leistungskriterien	163
Anlagen	164

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	109-25-EK2
Maßnahme	M372
Auftragsbezeichnung	Glasfaserausbau in Mannheim (M372)
Auftragsbeschreibung	Die rnv schreibt Arbeiten und Lieferleistungen zum Glasfaserausbau in Mannheim aus. Es besteht folgende Losaufteilung: Los 1: LWL-Verlegung in Mannheim: Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen pauschal die Lieferung und Verlegung eines 3er Micro-Rohrverbandes auf dem Lindenhof. Los 2: Beschaffung MFG8 Rheinstraße und Markuskirche: Lieferung von zwei Multifunktionsgehäuse Größe 8 (MFG8) incl. Sockel und der Teile für den Innenausbau des MFG8 für den LWL-Ausbau im Stadtgebiet Mannheim. Los 3: Tiefbau für MFG8 Rheinstraße und Markuskirche: Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen den Transport des MFG8-Schranks und des Sockels vom Betriebshof Möhlstr. auf die jeweilige Baustelle in Mannheim, die Tiefbauarbeiten für den Einbau des Sockels in den Haltestellen Markuskirche und Rheinstraße gemäß der Abstimmung mit dem Projektleiter der Fachabteilung IS1, Anbindung der Sockel an die Rohrtrasse mit je vier Leerrohren DN110 sowie die Montage der MFG8-Gehäuse auf den Sockel.

VERFAHREN

Auftraggeber	MV Mannheimer Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	68165 Mannheim
Leistungsart	Bauleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VOB)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja														
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten														
Höchstzahl der Lose pro Angebot															
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis														
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>31213000-2</td><td>Verteileranlagen</td></tr><tr><td>31213300-5</td><td>Kabelverteilschrank</td></tr><tr><td>45221250-9</td><td>Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen</td></tr><tr><td>45231100-6</td><td>Bauarbeiten für Rohrleitungen</td></tr><tr><td>45231113-0</td><td>Neuverlegung von Rohrleitungen</td></tr><tr><td>45314310-7</td><td>Verlegen von Kabeln</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	31213000-2	Verteileranlagen	31213300-5	Kabelverteilschrank	45221250-9	Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen	45231100-6	Bauarbeiten für Rohrleitungen	45231113-0	Neuverlegung von Rohrleitungen	45314310-7	Verlegen von Kabeln
Code	Bezeichnung														
31213000-2	Verteileranlagen														
31213300-5	Kabelverteilschrank														
45221250-9	Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen														
45231100-6	Bauarbeiten für Rohrleitungen														
45231113-0	Neuverlegung von Rohrleitungen														
45314310-7	Verlegen von Kabeln														

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	05.05.2025

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	05.06.2025 10:00:00
Frist Bieterfragen	26.05.2025 12:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	04.08.2025
Versand Vorabinformation	18.06.2025

AUFTRAGSDAUER

Beginn	05.06.2025
Ende	31.10.2025
Anmerkungen	Los 1: 01.07.2025 – 31.10.2025 Los 2: 01.07.2025 – 31.10.2025 Los 3: 01.06.2025 – 25.06.2025

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 26.05.2025 12:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Vergabestelle

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27

68165 Mannheim

Deutschland

Vergabeart

- ☒ offenes Verfahren
 nicht offenes Verfahren
 Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
 Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
 wettbewerblicher Dialog
☐ Innovationspartnerschaft

Ablauf der Angebotsfrist

Datum

05.06.2025

Uhrzeit

10:00:00

Bindefrist endet am

04.08.2025

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gem. Abschnitt 2 VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

M372

Vergabenummer

Leistung

109-25-EK2

Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind**

- ☒ 212 EU Teilnahmebedingungen EU (Ausgabe 2019)
☒ 216 Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
☐ 226 Mindestanforderungen an Nebenangebote
☐ 227 Zuschlagskriterien
☐ 242 Instandhaltung
☐ Informationen zur Datenerhebung
☒ RNV-Datenschutzinformation
☒ Merkblatt Elektronische Rechnung
☐

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
☒ 214 Besondere Vertragsbedingungen
☐ 225 Stoffpreisgleitklausel
☐ 228 Nichteisenmetalle
☐ 241 Abfall
☐ 244 Datenverarbeitung
☒ Merkblatt Russland Sanktionen
☒ Merkblatt zu Verpflichtungserklärungen
☐
☐
☐
☐

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind

- ☒ 213 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☒ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☒ 221/222 Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ 224 Angebot Lohngleitklausel
- ☒ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung: _____
- ☒ Formblätter Landestarif- und Mindestlohngesetz baden-Württemberg
- ☒ Formblatt zu EU-Russland-Sanktion
- ☒ Preisblatt Stundenlohnarbeiten

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind

- ☐ 223 Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐ 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ _____
- ☐ _____

1 Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

zu vergeben.

Es ist beabsichtigt, die in beigefügtem Vertragsformular bezeichneten Instandhaltungsleistungen im Namen und für Rechnung

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
- ☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
- ☐ in Kombination: bis zur Angebotsöffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform

Stelle

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Straße Möhlstraße 27

PLZ/Ort 68165 Mannheim

Fax +49 6214653111

E-Mail vergabe@rnv-online.de

3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)**3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☒ Nachweise zu 124_Eigenerklärung
- ☐ _____

3.2 - frei -**3.3 Nachforderung**

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert.
☐ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

☐ nicht nachgefordert.

3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen

☐ _____

☐ _____

4 Losweise Vergabe

nein

- ☒ ja, Angebote sind möglich für
- ☐ alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
 - ☐ eine maximale Anzahl an Losen: siehe Bekanntmachung oder Aufforderung zur Interessensbestätigung
 - ☐ nur ein Los

bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

- ☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann
- ☐ Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung
- ☐ Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

5 Mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☒ zugelassen.
 Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.
 § 13 EU Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.
- ☐ nicht zugelassen.

6 Nebenangebote

6.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU gilt nicht.

6.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -

- ☐ für die gesamte Leistung
- ☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
- ☐

7 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☒ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel, Instandhaltungsangeboten.

☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

8 Zugelassene Angebotsabgabe

☒ Elektronisch

☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer:	Baumaßnahme: M372
Vergabenummer: 109-25-EK2	Leistung: Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

9 Behörde, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

Vergabekammer (§ 156 GWB, § 21 EU VOB/A):

Regierungspräsidium Karlsruhe

76137 Karlsruhe

10

- Auftraggeber ist die MV Mannheimer Verkehr GmbH.

Die MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV) setzt die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) zur Betreuung des von der MV vergebenen Projektes ein. Die rnv tritt ausschließlich im Namen und Auftrag der MV auf. Die MV ist und bleibt ihr einziger Vertragspartner. Ihr Ansprechpartner ist die rnv.

Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

Einheitliche Fassung

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 2).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle die Urkalkulation und/oder die von ihr benannten Formblätter mit Angaben zur Preisermittlung sowie die Aufgliederung wichtiger Einheitspreise ausgefüllt zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Leistungen von Unterauftragnehmern.

5 Nebenangebote

- 5.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.
- 5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
- Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.
- Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 5.4 Nebenangebote, die den Nummern 5.1 bis 5.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

6 Bietergemeinschaften

- 6.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 6.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeförderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

7 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesonder-tes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzu-legen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

8 Eignung

8.1 Offenes Verfahren

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise
- **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 7 sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

8.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren

Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen anderen Unternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten anderen Unternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten anderen Unternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zum **Glasfaserausbau in Mannheim (M372)** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Herr Mentges
Marienburgstraße 27
64297 Darmstadt
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de oder datenschutz@rnv-online.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GW**B“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen.

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zu-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

schlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"/><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

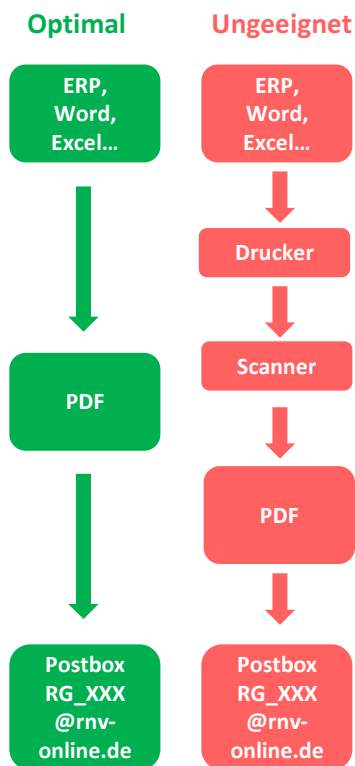
MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard

Rechnung	
<div>Rechnungsdatum: 01.10.2020</div> <div>Rechnungsnummer: RG123456</div>	
Rechnungsanschrift:	
<div>Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</div> <div>Möhlstraße 27</div> <div>68165 Mannheim</div>	
RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx	
<div>Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...</div>	
<div>Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020</div>	
Zahlungsbedingung: 30 Tage netto	Netto: 1.000,00 EUR MwSt 16 %: 160,00 EUR Gesamt: 1.160,00 EUR
IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx BIC: xxxxxxxxxxxx	
Ust.ID: DE123456789	



Projekt M372: LWL-Ausbau im Stadtgebiet Mannheim

Vergabeverfahren 109-25-EK2 LOS 1

Erstellt von:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Bernd Schlösser
Möhlstr. 27
68165 Mannheim

Stand: 10.04.2025

Gliederung der Ausschreibungsunterlagen

Teil 1	Erläuterungen zur Ausschreibung
Teil 2	Bestätigung zur Baustellenbesichtigung
Teil 3	Allgemeine Vorbemerkungen
Teil 4	Baubeschreibung

Abkürzungsverzeichnis

Abzw	Abzweig
ASig	Ausfahrtsignal
Bk	Blockstelle
BOStrab	Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen
BSH	Betonschalthaus
BSig	Blocksignal
BÜ	Bahnübergang
DA	Doppeladern
EBA	Eisenbahn-Bundesamt
EBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung
ESBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen
ESig	Einfahrtsignal
ESTW	Elektronisches Stellwerk
ESTW-A	Abgesetztes Elektronisches Stellwerk
ESTW-Z	Zentrale des Elektronischen Stellwerks
EVU	Energieversorgungsunternehmen
Lf-Signal	Langsamfahrtsignal
GWB	Gleiswechselbetrieb
GUW	Gleichrichter-Unterwerk
Hbf	Hauptbahnhof
Hp-Abhg.	Hauptsignal-Abhängigkeit
Hst	Haltestelle
LED	Light Emitting Diode - Leuchtdiode
LfB	Landesbevollmächtigter für das technische Bahnwesen
Ls-Signal	Lichtsperr-Signal = Rangiersignal
LST	Leit- und Sicherungstechnik
LWL	Lichtwellenleiter
MCDS	Micro-Computergesteuertes Dezentrales Steuerungssystem
MTBF	Mean Time Between Failure
OEG	Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft AG
PZB	Punktförmige Zugbeeinflussung
RBL	Rechnergestütztes Betriebsleitsystem
RiL	Richtlinie
RSig	Rangiersignal
USV	Unterbrechungsfreie Stromversorgung
ÜS-Signal	Überwachungssignal (an BÜ)
VSig	Vorsignal
ZSA	Zugsicherungsanlage (BOStrab)
ZSig	Zwischensignal

Teil 1

Erläuterungen zur Ausschreibung

Erläuterungen zur Ausschreibung

Die vorliegende Ausschreibung mit dem Titel

LWL-Ausbau im Stadtgebiet Mannheim – Los 1

gliedert sich in die folgenden Abschnitte, die hier kurz erläutert werden:

Teil 1: Erläuterungen zur Ausschreibung

Enthält diese Erläuterungen

Teil 2: Allgemeine Vorbemerkungen

In diesem Abschnitt sind die allgemeinen Anforderungen an die ausgeschriebenen Lieferungen und Leistungen enthalten.

Teil 3: Fachtechnische Baubeschreibung

In diesem Abschnitt sind die spezifischen Anforderungen an die ausgeschriebenen Lieferungen und Leistungen enthalten.

Teil 2

Allgemeine Vorbemerkungen

Inhaltsverzeichnis

1.	Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung.....	3
2.	Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation.....	6
3.	Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung	7
4.	Abgrenzung der Leistung.....	7
5.	Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter	7
6.	Lage der Baustelle	7
7.	Verkehrswege.....	7
7.1	Straßenverkehr	7
7.2	Schienenverkehr.....	8
8.	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	9
9.	Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen.....	6
10.	Baustelleneinrichtung	6
10.1	Allgemeines	6
10.2	Stellen von Baustelleneinrichtungen	10
10.3	Baubüro und sonstige Räume	7
10.4	Erste Hilfe-Einrichtungen	7
10.5	Sicherung der Baustelle.....	7
11.	Bauausführung	11
11.1	Arbeitszeiten	11
11.2	Lärmschutz	11
11.3	Transporte	12
11.4	Beweissicherung.....	12
11.5	Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile	12
11.6	Anlagen im Baugelände.....	9
11.7	Erdarbeiten	9
11.7.1	Haftung bei Kabelbeschädigungen	12

12.	Projektmanagement.....	12
13.	Bauleitung	13
14.	Ökologische Baubegleitung.....	13
15.	Projektsprache	14
16.	Ausführungsfristen und Terminplan RNV	14
17.	Ausführungsunterlagen bzw. Ausschreibungspläne	14
18.	Anmeldungen	14

1. Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung

Auftraggeber der Maßnahme ist die:

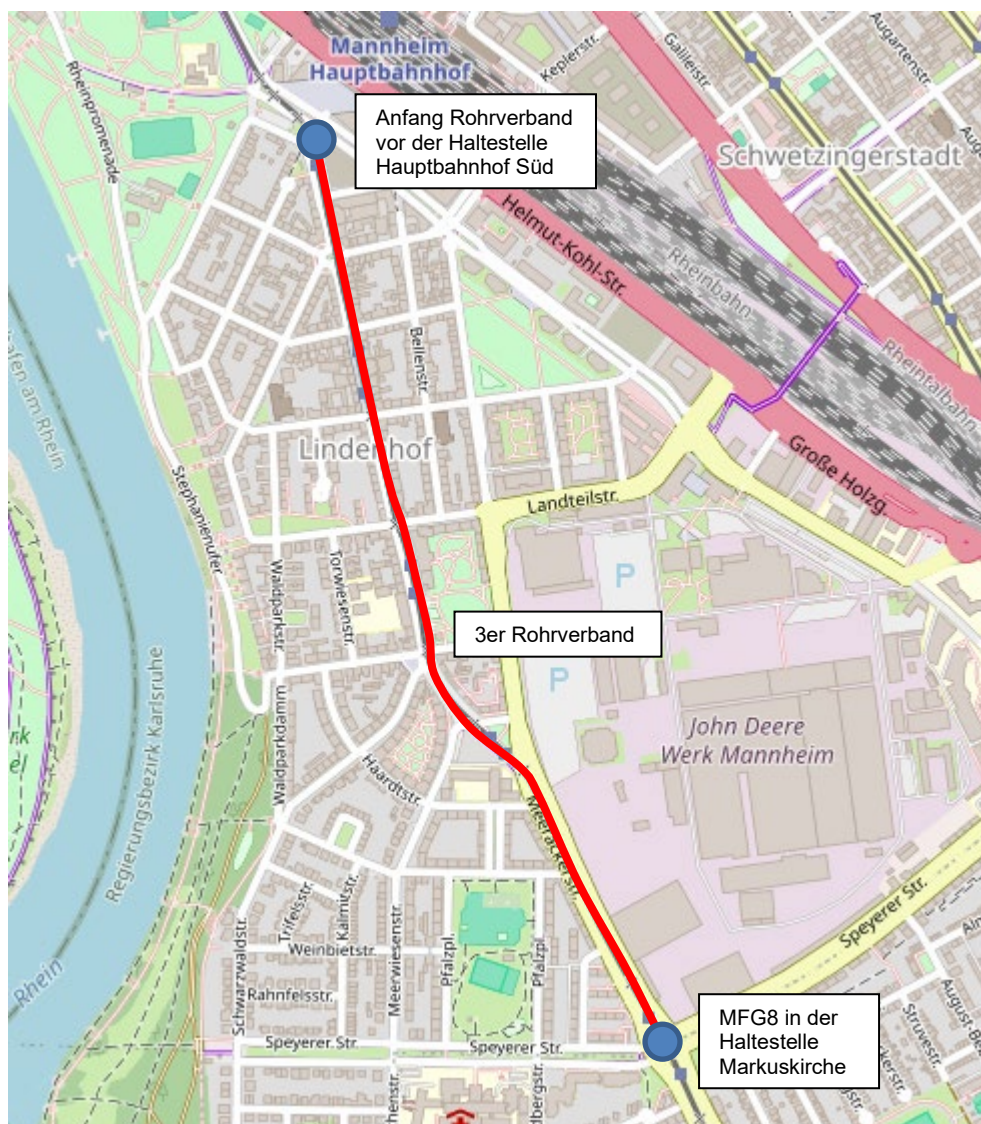
MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstr. 27
68165 Mannheim

Die Planung u. Bauüberwachung übernimmt im Auftrag der MV Mannheimer Verkehr GmbH die:

RNV Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstr. 27
68165 Mannheim

2. Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation

Die im folgendem beschriebene Baumaßnahme erstreckt sich über den Streckenabschnitt von der Hst. Hauptbahnhof Süd auf der B-Linie bis in die Hst. Markuskirche.



Los 1: Übersicht zur Lage der Maßnahme

Verlegung Micro-Rohrverband 3x14

- *Stadtauswärts nach der Hst. Hauptbahnhof Süd auf der B-Linie bis in die Hst. Markuskirche in einen neu aufgestellten MFG8*

3. Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen pauschal die Verlegung eines 3er Micro-Rohrverbandes auf dem Lindenhof.

Die Einzelleistungen sind in der fachtechnischen Baubeschreibung erläutert.

4. Abgrenzung der Leistung

Nicht zum Leistungsumfang der vorliegenden Ausschreibung gehören die nachfolgend aufgeführten Leistungen, die durch den Auftraggeber (AG) bzw. durch Dritte erbracht werden:

- Tiefbau Hst. Markuskirche

5. Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter

Tiefbauarbeiten für das Setzen eines MFG8 in der Hst. Markuskirche.

6. Lage der Baustellen

Die Baumaßnahme befindet sich auf der Gemarkung der Stadt Mannheim. Um die Baustelle mit Ihren Eigenheiten beurteilen zu können, wird empfohlen, eine Ortsbesichtigung durchzuführen. Die Verkehrsanlagen sind für die Öffentlichkeit frei zugänglich, so dass die Ortsbegehung vom Bieter in Eigenregie und ohne Beteiligung des AG erfolgen kann.

Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebotes von der Örtlichkeit Kenntnis erlangt zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben. Nachforderungen des AN, die auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Örtlichkeit entstehen, sind ausgeschlossen.

7. Verkehrswege

7.1 Straßenverkehr

Die Verkehrssicherungspflicht obliegt dem AN und ist durch den AN mit den örtlichen Behörden abzustimmen.

Alle zur Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Verkehrsbeschilderungen, Absperrungen und Hinweisschilder sind im Baustellenbereich gem. StVO, dem Merkblatt für die Straßen und nach Weisung der Verkehrsbehörden aufzubauen, umzustellen, vorzuhalten und zu unterhalten, ggf. zu beleuchten und nach Beendigung der Bauarbeiten zu entfernen. Alle hierfür anfallenden Kosten und Gebühren sind in das Angebot einzurechnen.

Ergeben sich bei Arbeiten an Eisenbahnbrücken über Straßen und Wege Behinderungen für den öffentlichen Straßenverkehr, sind ausreichende der Verkehrssicherungspflicht entsprechende Umfahrungsmöglichkeiten für den öffentlichen Fahrzeugverkehr zu schaffen. Alle hierfür anfallenden Kosten und Gebühren sind in das Angebot einzurechnen.

Für verkehrslenkende Maßnahmen außerhalb der Baustellenbereiche, die u. U. von den Verkehrsbehörden verlangt werden, hat der AN Sorge zu tragen. Sie werden nicht gesondert vergütet.

Das Aufstellen von Bauzäunen und ähnliche Maßnahmen, die der AN zum Schutz seiner Baustelle, Lagerplätze, Unterkünfte usw. gegenüber dem Straßenverkehr für erforderlich hält, sind Leistungen des AN und werden nicht gesondert vergütet.

Notwendige Absprachen mit Trägern öffentlicher Belange gehören zum Leistungsumfang des AN. Gespräche und Verhandlungen mit Dritten bedürfen einer vorherigen Information und Zustimmung durch den AG.

7.2 Schienenverkehr

Auf dem Streckenabschnitt im Lindenhof findet während der Bauarbeiten vertakteter Personenverkehr statt. Alle Maßnahmen im Bereich von Gleisanlagen bedürfen der Absprache mit der örtlichen Bauüberwachung und dem AG. Bei Bedarf sind Sicherungsposten rechtzeitig hinzuzuziehen. Die Kosten für die Gestellung übernimmt der AN.

Den Anweisungen der Ortsaufsicht des AG und der Sicherungsüberwachung ist in betrieblicher Hinsicht unbedingt Folge zu leisten.

Ohne vorherige Belehrung über das Verhalten bei Arbeiten an in Betrieb befindlichen Gleisen darf kein unter Verantwortung des AN Tätiger die Gleisanlagen betreten. Er hat durch seine Unterschrift zu bestätigen, dass er an der Belehrung über die Verhaltensmaßregeln teilgenommen hat. Für die Einhaltung der Forderung ist der AN verantwortlich.

Sämtliche Bauarbeiten auf dem Bahngelände haben so zu erfolgen, dass der Bahnverkehr in keiner Weise über das festgelegte Maß - z.B. Einrichten von Langsamfahrstellen, genehmigten Gleissperrungen - beeinträchtigt wird.

Für Langsamfahrstellen, Gleissperrungen oder Bauarbeiten im Gleisbereich, die den Straßenbahnbetrieb beeinträchtigen, ist rechtzeitig vorher eine betriebliche Anweisung (gemäß den Regelungen des AG) beim AG oder seinem bevollmächtigten Dritten zu beantragen.

Bei Arbeiten an Kabeln in der Nähe von Betriebsanlagen sind die Kabelschutzverpflichtungen zu beachten.

Für alle Beschädigungen und Verunreinigungen der Gleisanlagen usw. sowie für Schäden, die dem AG und ihren Beschäftigten unmittelbar oder mittelbar aus Ansprüchen Dritter entstehen, haftet der AN.

8. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten bestehen durch die vorhandenen Anlagen der öffentlichen Ver- und Entsorgungsunternehmen im Baubereich. Es ist grundsätzlich Sache des AN, diese zu beschaffen, vorzuhalten und zurückzubauen.

9. Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen

Kurzfristige, kleinräumige Lagerflächen im Streckenverlauf können in Abstimmung mit dem AG und der Bauüberwachung eingerichtet werden.

Wie Bäume innerhalb der durch die Baumaßnahme beanspruchten Flächen zu schützen sind, ist direkt mit dem Landschafts- und Forstamt Heidelberg abzustimmen.

Darüber hinaus benötigte Flächen sind Sache des AN und selbst zu beschaffen und anzumieten. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht. Vor Inanspruchnahme der Grundstücke ist der AG von dieser Absicht zu unterrichten. Für Ertragsschäden und Entschädigungen wegen zu später Information haftet der AN.

10. Baustelleneinrichtung

10.1 Allgemeines

Die Baustelleneinrichtung hat der Größe des Objektes entsprechend unter Zugrundelegung der vorgesehenen Ausführungsfristen zu erfolgen. Der AN hat innerhalb von zwei Wochen nach Auftragserteilung einen Baustelleneinrichtungsplan zu erstellen. Der AG behält sich vor, diesen Einrichtungsplan nach Erfordernis zu korrigieren und auf Einhaltung der Korrektur zu bestehen.

Mehrmaliges eventuell notwendiges Versetzen der Materialien oder der Baustelleneinrichtung wird nicht gesondert vergütet. Dies gilt auch für Zwischenlagerungen auf Deponien oder anderen Lagerflächen.

Der AN hat die Baustelleneinrichtungsarbeiten unter eigener Verantwortung auszuführen und die Verkehrssicherheit bei allen Witterungsbedingungen auf der Baustelle durch Bauzäune, Schutzgerüste, Hilfsbauwerke, Beleuchtungen, Leiteinrichtungen sowie Sperr- und Hinweisschilder zu gewährleisten. Hierbei wird auch auf die Erfüllung der Räum- und Streupflicht bei Schnee und Glätte nach den Vorschriften der Ordnungsbehörde hingewiesen.

Die Zufahrtswege sind vom AN laufend sauber zu halten. Er haftet für alle Schäden daran.

Sämtliche Arbeits- und Schutzgerüste, provisorische Geländer und Absperrungen, Laufbrücken und Umwehrungen sind durch den AN entsprechend dem Baufortschritt zu erstellen, vorzuhalten und abzubauen.

Zur Durchführung des Bauvorhabens hat sich der Bieter vor Angebotsabgabe durch Augenschein über die Grundstücke zu informieren und bei den zuständigen Behörden über Art und Lage von Versorgungsleitungen (Strom, Telefon, Gas, Wasser) und über Entwässerungsleitungen zu erkundigen; evtl. erforderliche Leitungsumlegungen sind vom AN einzukalkulieren, soweit nicht gesondert anders beschrieben.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass Hydranten, Absperrschieber-, Entwässerungs- und sonstige Abdeckungen frei und zugänglich gehalten werden. Die von den Betrieben und Verwaltungen zum Schutze ihrer Leitungen und sonstigen Einrichtungen getroffenen Bestimmungen sind zu beachten.

10.2 Stellen von Baustelleneinrichtung

Die Baustelleneinrichtung für alle Geräte, Maschinen und Materialien, die zur Leistungserfüllung notwendig sind, sind vom AN zu stellen. Maschinen und Gerätefundamente sind im Zuge der Rohplanie nach Abschluss der Bauarbeiten durch den AN restlos zu entfernen und abzufahren.

10.3 Baubüro und sonstige Räume

Gerätehütten, Mannschaftsbaracken und Sanitärräume sind durch den AN nach den Vorschriften der Bauberufsgenossenschaft und der Berufsgenossenschaft Bahn und der Gewerbeaufsichtsämter zu erstellen, vorzuhalten, zu reinigen, zu ver- und entsorgen und nach Abschluss der Bauarbeiten abzubauen; temporäre Wasser und Abwasserleitungen sind fachgerecht anzuschließen und nach Abbau wieder zu entfernen.

10.4 Erste Hilfe-Einrichtungen

Erste Hilfe-Einrichtungen sind nach Erfordernis und einschlägigen Vorschriften durch den AN vorzuhalten.

10.5 Sicherung der Baustelle

Die Sicherung der Baustelle gegen Unfälle und unbefugtes Betreten, Diebstahl und Beschädigungen übernimmt der AN. Seine Haftung endet erst mit Abnahme und Übernahme der errichteten Anlage durch den AG. Zur Sicherstellung etwaiger Ersatzansprüche sind die entsprechenden Versicherungen abzuschließen und auf Verlangen nachzuweisen.

Da in der Regel die Verlegearbeiten nachts stattfinden, hat der AN hat eigenständig für geeignete Lichtquellen zu sorgen (Stirnlampen, Handlampen, etc.).

Zum Leistungsumfang des AN gehören das Herstellen, Unterhalten und wieder Instandsetzen bzw. Abbauen von witterungsunabhängigen Zu- und Abfahrten, Rampen, Lagerplätzen, Blenden, Schutzzäunen, Abschränkungen, Schutzvorkehrungen, Absperrungen, Verkehrsregelungen, Sicherheitsbeleuchtungen, prov. Geländer, Schutz gegen Beschädigungen von Nachbargrundstücken, Leitungen der Versorgungsunternehmen und dergleichen sowie die dauernde Sicherung der Baustellen und der Bauwerke gegen unbefugten Zutritt.

Das Aufstellen, Vorhalten, Betreiben und Beseitigen von Einrichtungen außerhalb der Baustelle zur Umleitung und Regelung des öffentlichen und Anliegerverkehrs erfolgt durch den AN.

Zur Absicherung der Arbeiten im Gleisbereich sind vom AN Sicherheitsposten zu stellen. Der AN hat vor Arbeitsbeginn einen Sicherungsplan zu erstellen, der dem AG vor der Ausführung zur Genehmigung vorzulegen ist.

11. Bauausführung

11.1 Arbeitszeiten

Die Ausführung der Arbeiten soll vornehmlich zu den normalen werktäglichen Arbeitszeiten erfolgen. Die Arbeiten zum Verlegen des Microrohrverbandes müssen jedoch aufgrund der Lage der Kabeltrasse in der verkehrsarmen Zeit zwischen 21:00 Uhr und 04:00Uhr erfolgen.

Für die Arbeiten zu Nacht-, Sonn- und Feiertagszeiten ist durch den AN eine Genehmigung einzuholen und die Anwohner sind zu informieren.

Alle Mehrkosten für Überstunden, Nacht-, Sonntags- oder Feiertagsarbeit sind in die Einheitspreise einzurechnen; eine gesonderte Vergütung dafür erfolgt nicht.

11.2 Lärmschutz

Es soll darauf geachtet werden, dass vorzugsweise nur elektrisch angetriebene Motoren und Geräte zum Einsatz kommen.

Maschinen mit Verbrennungsmotoren (Pressluft, Kompressoren etc.) müssen den gesetzlichen Vorschriften entsprechend schallisoliert sein.

Bei der Durchführung aller Bauarbeiten ist das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterung und ähnliche Vorgänge zu beachten (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG in der aktuellen Fassung. Die Einhaltung dieser Vorschriften obliegt dem AN.

Besonders hingewiesen wird auf die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Schutz gegen Baulärm-Geräuschimmission, wonach in Gebieten, in denen vorwiegend Wohnungen untergebracht sind, die Immissionsrichtwerte von tagsüber 55 dB (A) und nachts 40 dB (A) eingehalten werden müssen. Die Einhaltung dieser Vorschriften obliegt dem AN.

Als Nachtzeit gilt die Zeit von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr.

Die angegebenen Werte sind Beurteilungspegel, gemittelt über den ganzen Tag bzw. die Nacht. Zur Nachtzeit ist zusätzlich der Spitzenpegel auf den Wert "Richtwert + 20 dB (A)" begrenzt.

Lärmschutzmaßnahmen gelten als Nebenleistungen und sind mit den Preisen des Angebotes abgegolten.

In Gebieten, in denen vorwiegend Wohnungen untergebracht sind, sind folgende weitere Maßnahmen zu beachten:

Für Sägearbeiten mit Kreissägen sind Sägeblätter zu verwenden, die durch auf dem Vollkreis verteilte Einschnitte und veränderte Zahnfräsungen leiser als die üblichen sind.

Ab- und Aufbruch durch Stemmen mit schlagendem Werkzeug (z.B. Druckluft- und Hydraulikhämmer und -meißel) ist nur mit schallgedämmten Geräten zulässig. Zum Einrütteln von Pflasterbelägen sind Schleppschwinger mit einer lärmindernden Plattengleitvorrichtung einzusetzen.

11.3 Transporte

Die Planung, Beistellung und Kostenübernahme für sämtliche Transportleistungen, die zur Ausführung dieser Vertragsleistungen erforderlich werden, sowie Arbeitszüge und Arbeitszugführer obliegen allein dem AN.

11.4 Beweissicherung

Die Beweissicherung ist Sache des AN. Die Kosten für Beweissicherung sind im Angebot einzurechnen.

11.5 Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile

Die Arbeiten des AN umfassen den vollständigen Leistungsumfang einschließlich der Lieferung der erforderlichen Baustoffe/Materialien und die zugehörigen Nebenleistungen.

Materialien und Verfahren, die bei der Erstellung der Anlagen eingesetzt werden, müssen umweltfreundlich bzw. umweltschonend sein. Dazu gehören z.B. nicht wassergefährdendes Spezialgleitmittel für Glasfaserkabel etc.

Der Einbau umweltschädlicher Baustoffe und Bauteile ist unzulässig.

11.6 Anlagen im Baugelände

Der AN hat sich vor Baubeginn bei den zuständigen Stellen nach der Lage von ober- und unterirdischen Kabeln, Leitungen, Drainagen und Kanälen zu unterrichten, die Maßnahmen zum Schutz und der Sicherung abzustimmen und entsprechend den Anweisungen und Abstimmungen zu behandeln.

Der AN hat vor und während der Bauphasen die vorhandene Kabelanlage gegen Beschädigung oder Zerstörung durch Bauarbeiten zu sichern. Der Verlauf zu sichernder Kabel ist in geeigneter Weise zu kennzeichnen.

11.7 Erdarbeiten

11.7.1 Haftung bei Kabelbeschädigungen

Führt der AN Erdarbeiten oder sonstige Arbeiten aus, so trägt er die Haftung für sämtliche dabei entstehenden Kabelbeschädigungen.

12. Projektmanagement

Der AN ist verpflichtet, während der gesamten Projektlaufzeit folgende Aufgaben des Projektmanagement durchzuführen. Hierzu zählen insbesondere die Erstellung und ständige Aktualisierung / Überprüfung von:

- Berichtswesen (Bauberichte)
- Protokollierung von besonderen Vorkommnissen u.dgl.
- Teilnahme an den Baubesprechungen

Die Unterlagen und Informationen des Projektmanagements sind dem AG unmittelbar nach den Verlegearbeiten bzw. den Spleiß- und Kabelarbeiten und auf Anfrage als PDF-Dateien zur Verfügung zu stellen, um diesem eine gezielte Projektsteuerung und ein Projektcontrolling zu ermöglichen.

Einzurechnen sind ferner die Koordinierung und Abstimmung mit dem AG sowie ggf. anderen beteiligten Gewerken.

13. Bauleitung

Die Bauleitung ist bei Vertragsabschluss vom AN dem AG namentlich schriftlich zu benennen und während der gesamten Bauzeit zu stellen.

Die Erlangung der Baufreigabe ist Sache dieses Bauleiters des AN.

Die Bauleitung des AN hat an den vom AG bzw. dessen Bevollmächtigten einberufenen Sitzungen teilzunehmen und im erforderlichen Umfang im Sinne dieses Vertrages mitzuwirken. Der Besprechungssternus wird vom AG vorgegeben.

Die Herbeiführung der Endabnahmen und die Mängelbeseitigung ist Sache dieses Bauleiters des AN.

Eine Oberaufsicht über die sach- und vertragsgerechte Ausführung der Arbeiten wird vom AG bzw. der von ihm beauftragten Stelle durchgeführt.

Die Bauleitung des AN wird vor Beginn der Arbeiten durch das Aufsichtspersonal des AG örtlich eingewiesen.

Die ständige Anwesenheit der Bauleitung bzw. eines Vertreters auf den Baustellen und die Erreichbarkeit ist sicherzustellen. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort dem AG mitzuteilen und abzustimmen.

Während der Bauarbeiten muss ständig eine verantwortliche technische Aufsichtskraft des AN auf der Baustelle anwesend sein.

Die Einhaltung und Umsetzung der DGUV Vorschriften 73 – „Schienenbahnen“ und 77 – „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ sowie der Dienstanweisung DA-2022-003-IS - „Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen“ der rnv auf der Baustelle ist Sache des AN. Ankündigungen an die zuständige Behörde über das Erfordernis dieser Maßnahmen sind vorher mit dem AG abzustimmen.

14. Ökologische Baubegleitung

Der AN verpflichtet sich, alle anfallenden Maßnahmen unter Berücksichtigung der örtlichen, natürlichen Gegebenheiten durchzuführen.

15. Projektsprache

Die Projektsprache ist deutsch. Dies bezieht sich auf die Schriftsprache (Korrespondenz, Planunterlagen, Protokolle, Verträge etc.) und auf die mündliche Verständigung (Besprechungen, Gespräche, Bauleitung etc.).

Alle Ansprechpartner des AN müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Werden Komponenten ausländischer Hersteller eingesetzt, so sind die für den AG relevanten Dokumentationen ins Deutsche zu übersetzen.

16. Ausführungsfristen und Terminplan rnv

Der Zeitpunkt der Auftragserteilung ist für Anfang Juni vorgesehen.

Die Verlegung des Micro-Rohrverbandes ist von Juli bis August 2025 vorgesehen.

17. Anmeldungen

Die durchzuführenden Arbeiten, die Auswirkungen auf den laufenden Betrieb haben und eine separate Fahrdienstanweisung benötigen sind bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH mit mindestens 20 Werktagen Vorlauf anzumelden.

Diese Arbeiten sind zusätzlich mit der Bauüberwachung abzustimmen.

Der AN hat der Aufsichtsführenden Person des AG (z.B. Bauleiter, Projektleiter, Meister) die geplanten Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsplan) vor Beginn der Arbeiten vorzulegen.

Der Maßnahmenverantwortliche fügt diese der Meldung im Betriebsmeldesystem EBS des AG bei und arbeitet sie entsprechend der Verfahrensanweisung VA-SMS/2017-001 als Antragsteller ein.

Teil 3

Baubeschreibung

Inhaltsverzeichnis

1.	Lage der Maßnahme	3
1.1	Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation	3
2.	Neu-Verlegung Micro-Rohrverband	5
2.1	Neu-Verlegung Micro-Rohrverband im Lindenhof	5
2.2	Kennzeichnung Micro-Rohrverband	5
3.	Kabeltrassen	5
4.	Baudurdurchführung	6
4.1	Los 1: Verlegung Micro-Rohrverband im Lindenhof	6

1 Lage der Maßnahmen

1.1 Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation

Die im folgendem beschriebenen Baumaßnahmen erstrecken sich über folgende Streckenabschnitte:

Verlegung eines Micro-Rohrverbandes 3x14 stadtauswärts nach der Haltestelle Hauptbahnhof Süd auf der Strecke der B-Linie bis in die Haltestelle Markuskirche in einen neu aufgestellten MFG8.

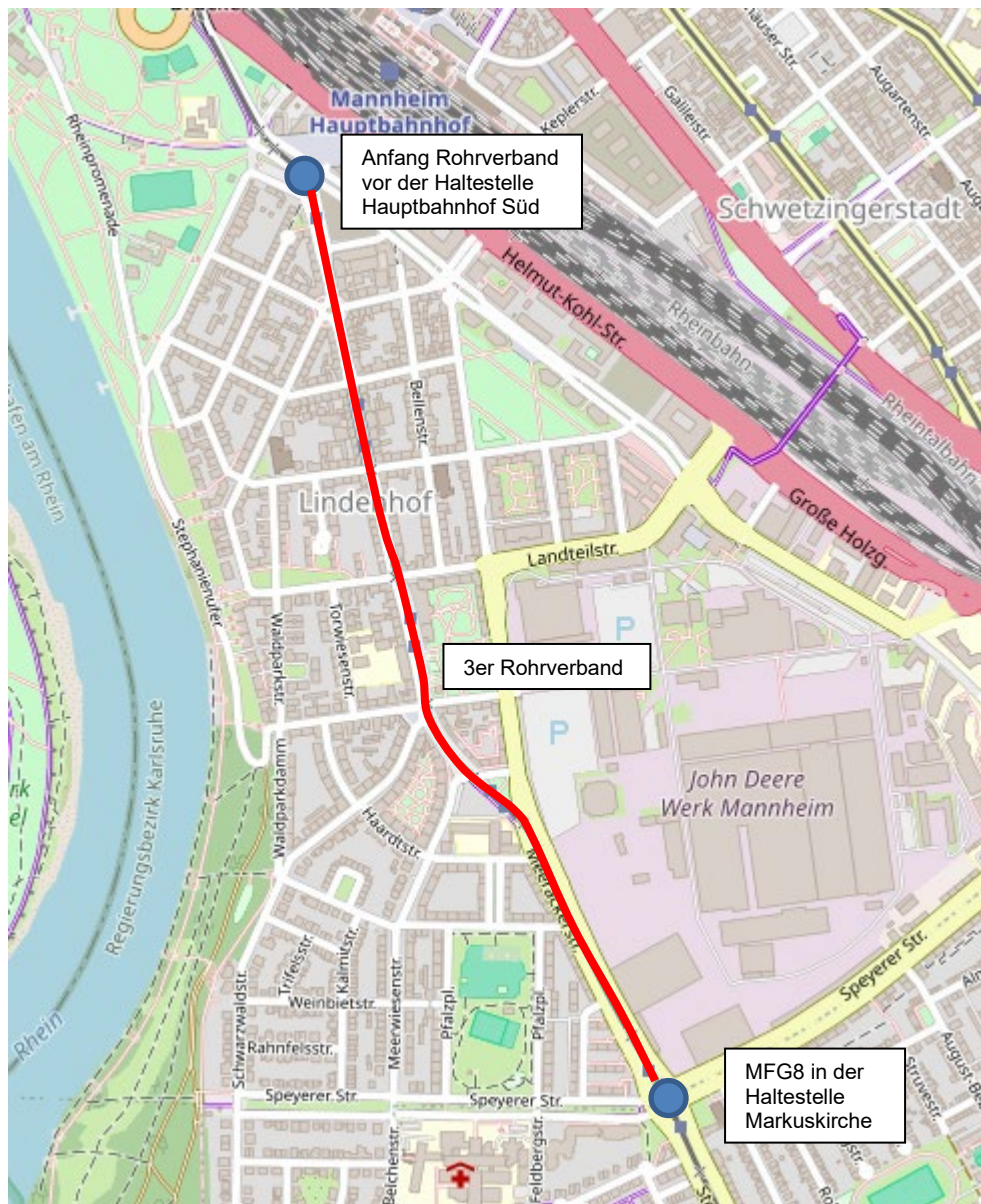


Abb.1: Übersicht zur Lage der Maßnahme

Verlegung Micro-Rohrverband 3x14

- Stadtauswärts nach der Hst. Hauptbahnhof Süd auf der B-Linie bis in die Haltestelle Markuskirche in einen neu aufgestellten MFG8

2 Neu-Verlegung Micro-Rohrverbände

2.1 Verlegung Micro-Rohrverband im Lindenhof

Es ist ein neuer Micro-Rohrverband des Typs 3 x 14mm (Wandstärke: 2mm) stadtauswärts nach der Haltestelle Hauptbahnhof Süd auf der B-Linie bis in die Haltestelle Markuskirche in einen neu aufgestellten MFG8 zu verlegen. Im gesamten Abschnitt auf dem Lindenhof ist ein vollständiges Kabeltrassensystem vorhanden, welches für die Verlegung des Micro-Rohrverbands genutzt werden kann. Bei der Trasse handelt es sich um Rohrzugtrassen als Mittelrohrtrasse zwischen den Gleisen.

2.2 Kennzeichnung Micro-Rohrverband

In den Schächten der Kabeltrassen und in den Außenschränken auf dem Lindenhof sind die Micro-Rohre mit grünen Kabelmarken mit weißer Schrift zu kennzeichnen.

3. Kabeltrassen

Es sind im gesamten Bereich bestehende Kabeltrassen vorhanden. In der nachstehenden Tabelle ist eine Auflistung der Art bestehenden Kabeltrassen auf den einzelnen Abschnitten dargestellt.

Abschnitte	Länge Kabeltrassen	Bahnkörper	Art und Lage der Kabeltrassen
Lindenhof – B-Linie			
Schacht nach Hst. Hauptbahnhof Süd stadtauswärts im Überweg – MFG8 Hst. Markuskirche	1.800m	im Straßen- u. Gleisbereich	Schächte und Rohrzugtrassen zwischen den Gleisen

Tab. 1: Kabeltrassenverlauf

4. Baudurchführung

In dem nachfolgenden Abschnitt wird zunächst ein Grobverlegekonzept beschrieben, was durch den AN in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten noch entsprechend abgestimmt und verfeinert werden muss.

4.1 Verlegung Micro-Rohrverband im Lindenhof

Es ist ein neuer Micro-Rohrverband des Typs 3 x 14mm (Wandstärke: 2mm) stadtauswärts nach der Haltestelle Hauptbahnhof Süd auf der B-Linie bis in die Haltestelle Markuskirche in einen neu aufgestellten MFG8 zu verlegen. Im gesamten Abschnitt auf dem Lindenhof ist ein vollständiges Kabeltrassensystem vorhanden, welches für die Verlegung des Micro-Rohrverbands genutzt werden kann. Bei der Trasse handelt es sich um Rohrzugtrassen als Mittelrohrtrasse zwischen den Gleisen.

Den Ausschreibungsunterlagen sind die folgenden Unterlagen beigelegt:

- Anlage 1: Leistungsverzeichnis



**Projekt M372:
Tiefbau für MFG8 GD Rheinstr. und Hst.
Markuskirche**

**Vergabeverfahren 109-25-EK2
LOS 3**

Erstellt von:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Bernd Schlösser
Möhlstr. 27
68165 Mannheim

Stand: 11.02.2025

Gliederung der Ausschreibungsunterlagen

Teil 1	Erläuterungen zur Ausschreibung
Teil 2	Bestätigung zur Baustellenbesichtigung
Teil 3	Allgemeine Vorbemerkungen
Teil 4	Baubeschreibung

Abkürzungsverzeichnis

Abzw	Abzweig
ASig	Ausfahrtsignal
Bk	Blockstelle
BOStrab	Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen
BSH	Betonschalthaus
BSig	Blocksignal
BÜ	Bahnübergang
DA	Doppeladern
EBA	Eisenbahn-Bundesamt
EOB	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung
ESBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen
ESig	Einfahrtsignal
ESTW	Elektronisches Stellwerk
ESTW-A	Abgesetztes Elektronisches Stellwerk
ESTW-Z	Zentrale des Elektronischen Stellwerks
EVU	Energieversorgungsunternehmen
Lf-Signal	Langsamfahrtsignal
GWB	Gleiswechselbetrieb
GUW	Gleichrichter-Unterwerk
Hbf	Hauptbahnhof
Hp-Abhg.	Hauptsignal-Abhängigkeit
Hst	Haltestelle
LED	Light Emitting Diode - Leuchtdiode
LfB	Landesbevollmächtigter für das technische Bahnwesen
Ls-Signal	Lichtsperr-Signal = Rangiersignal
LST	Leit- und Sicherungstechnik
LWL	Lichtwellenleiter
MCDS	Micro-Computergesteuertes Dezentrales Steuerungssystem
MTBF	Mean Time Between Failure
OEG	Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft AG
PZB	Punktförmige Zugbeeinflussung
RBL	Rechnergestütztes Betriebsleitsystem
RiL	Richtlinie
RSig	Rangiersignal
USV	Unterbrechungsfreie Stromversorgung
ÜS-Signal	Überwachungssignal (an BÜ)
VSig	Vorsignal
ZSA	Zugsicherungsanlage (BOStrab)
ZSig	Zwischensignal

Teil 1

Erläuterungen zur Ausschreibung

Erläuterungen zur Ausschreibung

Die vorliegende Ausschreibung mit dem Titel

Tiefbau für MFG8 GD Rheinstr. und Markuskirche

gliedert sich in die folgenden Abschnitte, die hier kurz erläutert werden:

Teil 1: Erläuterungen zur Ausschreibung

Enthält diese Erläuterungen

Teil 2: Allgemeine Vorbemerkungen

In diesem Abschnitt sind die allgemeinen Anforderungen an die ausgeschriebenen Lieferungen und Leistungen enthalten.

Teil 3: Fachtechnische Baubeschreibung

In diesem Abschnitt sind die spezifischen Anforderungen an die ausgeschriebenen Lieferungen und Leistungen enthalten.

Teil 2

Allgemeine Vorbemerkungen

Inhaltsverzeichnis

1. Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung	6
2. Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation	6
3. Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung	7
3.1 Standort 1	7
3.2 Standort 2	7
4. Abgrenzung der Leistung	8
5. Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter	8
6. Lage der Baustellen	8
7. Verkehrswege	8
7.1 Straßenverkehr	8
7.2 Schienenverkehr	9
8. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	9
9. Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen	9
10. Baustelleneinrichtung	10
10.1 Allgemeines	10
10.2 Stellen von Baustelleneinrichtung	10
10.3 Erste Hilfe-Einrichtungen	10
10.4 Sicherung der Baustellen	11
11. Bauausführung	11
11.1 Arbeitszeiten	11
11.2 Lärmschutz	11
11.3 Transporte	12
11.4 Beweissicherung	12
11.5 Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile	12
11.6 Anlagen im Baugelände	12
11.7 Erdarbeiten	13

11.7.1 Haftung bei Kabelbeschädigungen	13
12. Bauleitung	13
13. Ökologische Baubegleitung	13
14. Projektsprache	14
15. Ausführungsfristen und Terminplan rnv	14
16. Anmeldungen	14

1. Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung

Auftraggeber der Maßnahme ist die:

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstr. 27
68165 Mannheim

Die Planung u. Bauüberwachung übernimmt im Auftrag der MV Mannheimer Verkehr GmbH die:

RNV Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstr. 27
68165 Mannheim

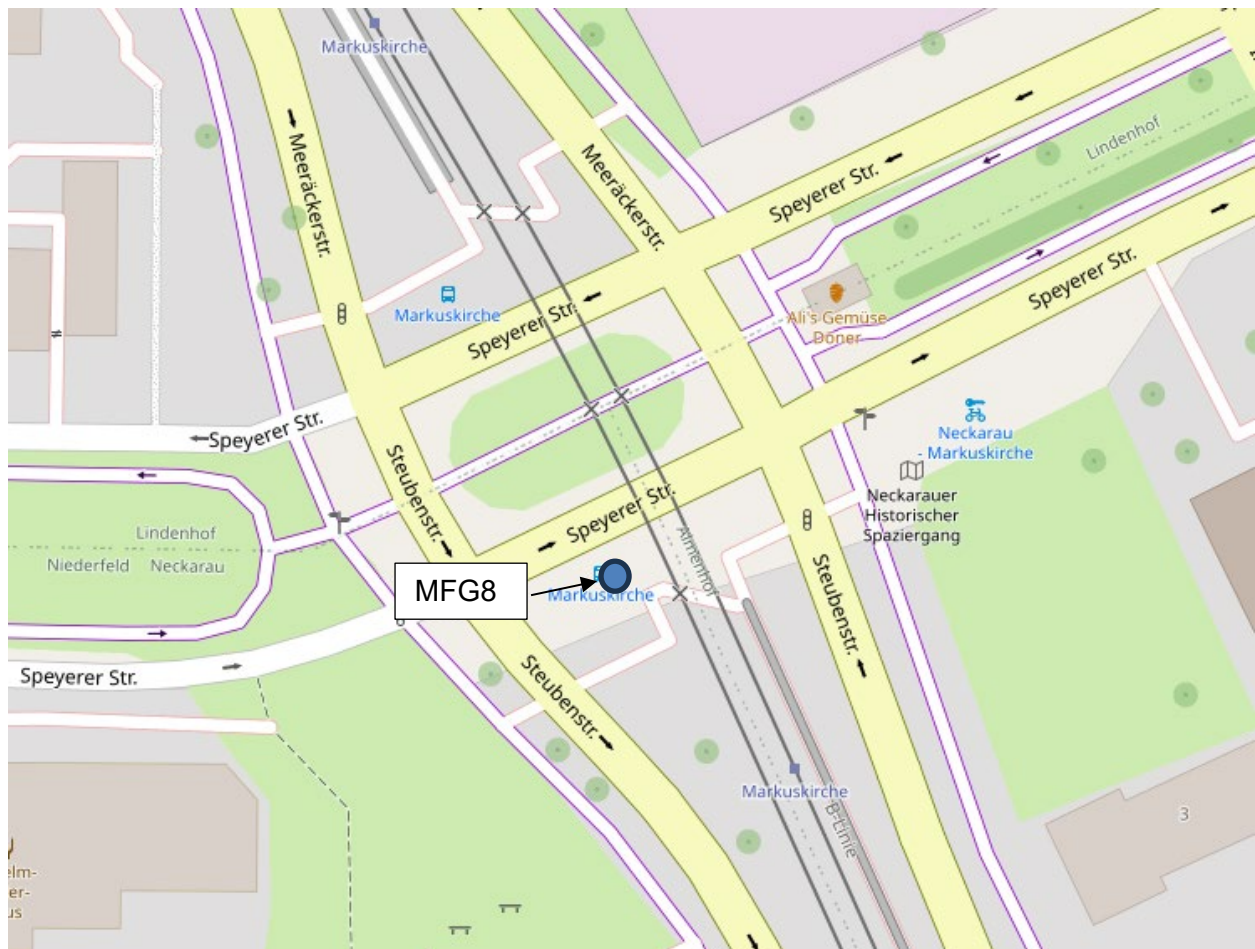
2. Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation

Die im folgendem beschriebenen beiden Baumaßnahmen erstrecken sich über die Streckenabschnitte:

- Standort 1: Gleisdreieck Rheinstr.
- Standort 2: Haltestelle Markuskirche



Standort 1: Übersicht zur Lage der Maßnahme



Standort 2: Übersicht zur Lage der Maßnahme

3. Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung

3.1 Standort 1

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen den Transport des MFG8-Schranks und des Sockels vom Betriebshof Möhlstr. auf die Baustelle beim Gleisdreieck Rheinstr. in Mannheim, die Tiefbauarbeiten für den Einbau des Sockels in der Grünfläche des Gleisdreiecks gemäß der Abstimmung mit dem Projektleiter der Fachabteilung IS1, Anbindung des Sockels an die Rohrtrasse im Gleisdreieck mit vier Leerrohren DN110 sowie die Montage des MFG8-Gehäuses auf den Sockel.

3.2 Standort 2

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen den Transport des MFG8-Schranks und des Sockels vom Betriebshof Möhlstr. auf die Baustelle bei der Haltestelle Markuskirche in Mannheim, die Tiefbauarbeiten für den Einbau des Sockels in der Haltestelle Markuskirche gemäß der Abstimmung mit dem Projektleiter der Fachabteilung IS1, Anbindung des Sockels an die Rohrtrasse in der Haltestelle Markuskirche mit vier Leerrohren DN110 sowie die Montage des MFG8-Gehäuses auf den Sockel.

Die Einzelleistungen sind in der fachtechnischen Baubeschreibung erläutert.

4. Abgrenzung der Leistung

Nicht zum Leistungsumfang der vorliegenden Ausschreibung gehören die nachfolgend aufgeführten Leistungen, die durch den Auftraggeber (AG) bzw. durch Dritte erbracht werden:

- Lieferung der MFG8 und deren Sockel
- Verlegung eines Micro-Rohrverbandes von der Hst. Hauptbahnhof Süd bis in die Hst. Markuskirche in den MFG8
- Innenausbau des MFG8

5. Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter

Verlegung eines Micro-Rohrverbandes von der Hst. Hauptbahnhof Süd bis in die Hst. Markuskirche in den MFG8.

6. Lage der Baustellen

Die beiden Baumaßnahmen befinden sich auf der Gemarkung der Stadt Mannheim. Um die Baustelle mit Ihren Eigenheiten beurteilen zu können, wird empfohlen, jeweils eine Ortsbesichtigung durchzuführen. Die Verkehrsanlagen sind für die Öffentlichkeit frei zugänglich, so dass die Ortsbegehung vom Bieter in Eigenregie und ohne Beteiligung des AG erfolgen kann.

Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebotes von der Örtlichkeit Kenntnis erlangt zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben. Nachforderungen des AN, die auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Örtlichkeit entstehen, sind ausgeschlossen.

7. Verkehrswege

7.1 Straßenverkehr

Die Verkehrssicherungspflicht obliegt dem AN und ist durch den AN mit den örtlichen Behörden abzustimmen.

Alle zur Durchführung der beiden Baumaßnahmen erforderlichen Verkehrsbeschilderungen, Absperrungen und Hinweisschilder sind im Baustellenbereich gem. StVO, dem Merkblatt für die Straßen und nach Weisung der Verkehrsbehörden aufzubauen, umzustellen, vorzuhalten und zu unterhalten, ggf. zu beleuchten und nach Beendigung der Bauarbeiten zu entfernen. Alle hierfür anfallenden Kosten und Gebühren sind in das Angebot einzurechnen.

Ergeben sich bei Arbeiten an Eisenbahnbrücken über Straßen und Wege Behinderungen für den öffentlichen Straßenverkehr, sind ausreichende der Verkehrssicherungspflicht entsprechende Umfahrungsmöglichkeiten für den öffentlichen Fahrzeugverkehr zu schaffen. Alle hierfür anfallenden Kosten und Gebühren sind in das Angebot einzurechnen.

Für verkehrslenkende Maßnahmen außerhalb der Baustellenbereiche, die u. U. von den Verkehrsbehörden verlangt werden, hat der AN Sorge zu tragen. Sie werden nicht gesondert vergütet.

Das Aufstellen von Bauzäunen und ähnliche Maßnahmen, die der AN zum Schutz seiner Baustelle, Lagerplätze, Unterkünfte usw. gegenüber dem Straßenverkehr für erforderlich hält, sind Leistungen des AN und werden nicht gesondert vergütet.

Notwendige Absprachen mit Trägern öffentlicher Belange gehören zum Leistungsumfang des AN. Gespräche und Verhandlungen mit Dritten bedürfen einer vorherigen Information und Zustimmung durch den AG.

7.2 Schienenverkehr

Auf den Streckenabschnitten in der Rheinstraße und im Lindenhof findet während der Bauarbeiten vertakteter Personenverkehr statt. Alle Maßnahmen im Bereich von Gleisanlagen bedürfen der Absprache mit der örtlichen Bauüberwachung und dem AG. Bei Bedarf sind Sicherungspos-ten rechtzeitig hinzuzuziehen. Die Kosten für die Gestellung übernimmt der AN.

Den Anweisungen der Ortsaufsicht des AG und der Sicherungsüberwachung ist in betrieblicher Hinsicht unbedingt Folge zu leisten.

Ohne vorherige Belehrung über das Verhalten bei Arbeiten an in Betrieb befindlichen Gleisen darf kein unter Verantwortung des AN Tätiger die Gleisanlagen betreten. Er hat durch seine Unterschrift zu bestätigen, dass er an der Belehrung über die Verhaltensmaßregeln teilgenommen hat. Für die Einhaltung der Forderung ist der AN verantwortlich.

Sämtliche Bauarbeiten auf dem Bahngelände haben so zu erfolgen, dass der Bahnverkehr in keiner Weise über das festgelegte Maß - z.B. Einrichten von Langsamfahrstellen, genehmigten Gleissperrungen - beeinträchtigt wird.

Für Langsamfahrstellen, Gleissperrungen oder Bauarbeiten im Gleisbereich, die den Straßenbahnbetrieb beeinträchtigen, ist rechtzeitig vorher eine betriebliche Anweisung (gemäß den Regelungen des AG) beim AG oder seinem bevollmächtigten Dritten zu beantragen.

Bei Arbeiten an Kabeln in der Nähe von Betriebsanlagen sind die Kabelschutzverpflichtungen zu beachten.

Für alle Beschädigungen und Verunreinigungen der Gleisanlagen usw. sowie für Schäden, die dem AG und ihren Beschäftigten unmittelbar oder mittelbar aus Ansprüchen Dritter entstehen, haftet der AN.

8. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten bestehen durch die vorhandenen Anlagen der öffentlichen Ver- und Entsorgungsunternehmen im Baubereich. Es ist grundsätzlich Sache des AN, diese zu beschaffen, vorzuhalten und zurückzubauen.

9. Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen

Kurzfristige, kleinräumige Lagerflächen im Streckenverlauf können in Abstimmung mit dem AG eingerichtet werden.

Wie Bäume innerhalb der durch die Baumaßnahme beanspruchten Flächen zu schützen sind, ist direkt mit dem Grünflächenamt der Stadt Mannheim abzustimmen.

Darüber hinaus benötigte Flächen sind Sache des AN und selbst zu beschaffen und anzumieten. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht. Vor Inanspruchnahme der Grundstücke ist der AG von dieser Absicht zu unterrichten. Für Ertragsschäden und Entschädigungen wegen zu später Information haftet der AN.

10. Baustelleneinrichtung

10.1 Allgemeines

Die Baustelleneinrichtungen haben der Größe des jeweiligen Objekts entsprechend unter Zugrundelegung der vorgesehenen Ausführungsfristen zu erfolgen. Der AN hat innerhalb von zwei Wochen nach Auftragserteilung einen Baustelleneinrichtungsplan zu erstellen. Der AG behält sich vor, diesen Einrichtungsplan nach Erfordernis zu korrigieren und auf Einhaltung der Korrektur zu bestehen.

Mehrmaliges eventuell notwendiges Versetzen der Materialien oder der Baustelleneinrichtung wird nicht gesondert vergütet. Dies gilt auch für Zwischenlagerungen auf Deponien oder anderen Lagerflächen.

Der AN hat die Baustelleneinrichtungsarbeiten unter eigener Verantwortung auszuführen und die Verkehrssicherheit bei allen Witterungsbedingungen auf der Baustelle durch Bauzäune, Schutzgerüste, Hilfsbauwerke, Beleuchtungen, Leiteinrichtungen sowie Sperr- und Hinweisschilder zu gewährleisten. Hierbei wird auch auf die Erfüllung der Räum- und Streupflicht bei Schnee und Glätte nach den Vorschriften der Ordnungsbehörde hingewiesen.

Die Zufahrtswege sind vom AN laufend sauber zu halten. Er haftet für alle Schäden daran.

Sämtliche Arbeits- und Schutzgerüste, provisorische Geländer und Absperrungen, Laufbrücken und Umwehrungen sind durch den AN entsprechend dem Baufortschritt zu erstellen, vorzuhalten und abzubauen.

Zur Durchführung des Bauvorhabens hat sich der Bieter vor Angebotsabgabe durch Augenschein über die Grundstücke zu informieren und bei den zuständigen Behörden über Art und Lage von Versorgungsleitungen (Strom, Telefon, Gas, Wasser) und über Entwässerungsleitungen zu erkundigen; evtl. erforderliche Leitungsumlegungen sind vom AN einzukalkulieren, soweit nicht gesondert anders beschrieben.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass Hydranten, Absperrschieber-, Entwässerungs- und sonstige Abdeckungen frei und zugänglich gehalten werden. Die von den Betrieben und Verwaltungen zum Schutze ihrer Leitungen und sonstigen Einrichtungen getroffenen Bestimmungen sind zu beachten.

10.2 Stellen von Baustelleneinrichtung

Die Baustelleneinrichtung für alle Geräte, Maschinen und Materialien, die zur Leistungserfüllung notwendig sind, sind vom AN zu stellen. Maschinen und Gerätefundamente sind im Zuge der Rohplanie nach Abschluss der Bauarbeiten durch den AN restlos zu entfernen und abzufahren.

10.3 Erste Hilfe-Einrichtungen

Erste Hilfe-Einrichtungen sind nach Erfordernis und einschlägigen Vorschriften durch den AN vorzuhalten.

10.4 Sicherung der Baustellen

Die Sicherung der Baustellen gegen Unfälle und unbefugtes Betreten, Diebstahl und Beschädigungen übernimmt der AN. Seine Haftung endet erst mit Abnahme und Übernahme der errichteten Anlage durch den AG. Zur Sicherstellung etwaiger Ersatzansprüche sind die entsprechenden Versicherungen abzuschließen und auf Verlangen nachzuweisen.

Zum Leistungsumfang des AN gehören das Herstellen, Unterhalten und wieder Instandsetzen bzw. Abbauen von witterungsunabhängigen Zu- und Abfahrten, Rampen, Lagerplätzen, Blenden, Schutzzäunen, Abschränkungen, Schutzvorkehrungen, Absperrungen, Verkehrsregelungen, Sicherheitsbeleuchtungen, prov. Geländer, Schutz gegen Beschädigungen von Nachbargrundstücken, Leitungen der Versorgungsunternehmen und dergleichen sowie die dauernde Sicherung der Baustellen und der Bauwerke gegen unbefugten Zutritt.

Das Aufstellen, Vorhalten, Betreiben und Beseitigen von Einrichtungen außerhalb der Baustellen zur Umleitung und Regelung des öffentlichen und Anliegerverkehrs erfolgt durch den AN.

Zur Absicherung der Arbeiten im Gleisbereich sind vom AN Sicherheitsposten zu stellen. Der AN hat vor Arbeitsbeginn einen Sicherungsplan zu erstellen, der dem AG vor der Ausführung zur Genehmigung vorzulegen ist.

11. Bauausführung

11.1 Arbeitszeiten

Die Ausführung der Arbeiten soll vornehmlich zu den normalen werktäglichen Arbeitszeiten erfolgen.

Für die Arbeiten zu Nacht-, Sonn- und Feiertagszeiten ist durch den AN eine Genehmigung einzuholen und die Anwohner sind zu informieren.

Alle Mehrkosten für Überstunden, Nacht-, Sonntags- oder Feiertagsarbeit sind in die Einheitspreise einzurechnen; eine gesonderte Vergütung dafür erfolgt nicht.

11.2 Lärmschutz

Es soll darauf geachtet werden, dass vorzugsweise nur elektrisch angetriebene Motoren und Geräte zum Einsatz kommen.

Maschinen mit Verbrennungsmotoren (Pressluft, Kompressoren etc.) müssen den gesetzlichen Vorschriften entsprechend schallisoliert sein.

Bei der Durchführung aller Bauarbeiten ist das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterung und ähnliche Vorgänge zu beachten (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG in der aktuellen Fassung. Die Einhaltung dieser Vorschriften obliegt dem AN.

Besonders hingewiesen wird auf die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Schutz gegen Baulärm-Geräuschimmission, wonach in Gebieten, in denen vorwiegend Wohnungen untergebracht sind, die Immissionsrichtwerte von tagsüber 55 dB (A) und nachts 40 dB (A) eingehalten werden müssen. Die Einhaltung dieser Vorschriften obliegt dem AN.

Als Nachtzeit gilt die Zeit von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr.

Die angegebenen Werte sind Beurteilungspegel, gemittelt über den ganzen Tag bzw. die Nacht. Zur Nachtzeit ist zusätzlich der Spitzenpegel auf den Wert "Richtwert + 20 dB (A)" begrenzt.

Lärmschutzmaßnahmen gelten als Nebenleistungen und sind mit den Preisen des Angebotes abgegolten.

In Gebieten, in denen vorwiegend Wohnungen untergebracht sind, sind folgende weitere Maßnahmen zu beachten:

Für Sägearbeiten mit Kreissägen sind Sägeblätter zu verwenden, die durch auf dem Vollkreis verteilte Einschnitte und veränderte Zahnfräsungen leiser als die üblichen sind.

Ab- und Aufbruch durch Stemmen mit schlagendem Werkzeug (z.B. Druckluft- und Hydraulik-hämmer und -meißel) ist nur mit schallgedämmten Geräten zulässig. Zum Einrütteln von Pflasterbelägen sind Schleppschwinger mit einer lärmmindernden Plattengleitvorrichtung einzusetzen.

11.3 Transporte

Die Planung, Beistellung und Kostenübernahme für sämtliche Transportleistungen, die zur Ausführung dieser Vertragsleistungen erforderlich werden, sowie Arbeitszüge und Arbeitszugführer obliegen allein dem AN.

11.4 Beweissicherung

Die Beweissicherung ist Sache des AN. Die Kosten für Beweissicherung sind im Angebot einzurechnen.

11.5 Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile

Die Arbeiten des AN umfassen den vollständigen Leistungsumfang einschließlich der Lieferung der erforderlichen Baustoffe/Materialien und die zugehörigen Nebenleistungen.

Materialien und Verfahren, die bei der Erstellung der Anlagen eingesetzt werden, müssen umweltfreundlich bzw. umweltschonend sein. Dazu gehören z.B. nicht wassergefährdendes Spezialgleitmittel für Glasfaserkabel etc.

Der Einbau umweltschädlicher Baustoffe und Bauteile ist unzulässig.

11.6 Anlagen im Baugelände

Der AN hat sich vor Baubeginn bei den zuständigen Stellen nach der Lage von ober- und unterirdischen Kabeln, Leitungen, Drainagen und Kanälen zu unterrichten, die Maßnahmen zum Schutz und der Sicherung abzustimmen und entsprechend den Anweisungen und Abstimmungen zu behandeln.

Der AN hat vor und während der Bauphasen die vorhandene Kabelanlage gegen Beschädigung oder Zerstörung durch Bauarbeiten zu sichern. Der Verlauf zu sichernder Kabel ist in geeigneter Weise zu kennzeichnen.

11.7 Erdarbeiten

11.7.1 Haftung bei Kabelbeschädigungen

Führt der AN Erdarbeiten oder sonstige Arbeiten aus, so trägt er die Haftung für sämtliche dabei entstehenden Kabelbeschädigungen.

12. Bauleitung

Die Bauleitung ist bei Vertragsabschluss vom AN dem AG namentlich schriftlich zu benennen und während der gesamten Bauzeit zu stellen.

Die Erlangung der Baufreigabe ist Sache dieses Bauleiters des AN.

Die Bauleitung des AN hat an den vom AG bzw. dessen Bevollmächtigten einberufenen Sitzungen teilzunehmen und im erforderlichen Umfang im Sinne dieses Vertrages mitzuwirken. Der Besprechungsturnus wird vom AG vorgegeben.

Die Herbeiführung der Endabnahmen und die Mängelbeseitigung ist Sache dieses Bauleiters des AN.

Eine Oberaufsicht über die sach- und vertragsgerechte Ausführung der Arbeiten wird vom AG bzw. der von ihm beauftragten Stelle durchgeführt.

Die Bauleitung des AN wird vor Beginn der Arbeiten durch das Aufsichtspersonal des AG örtlich eingewiesen.

Die ständige Anwesenheit der Bauleitung bzw. eines Vertreters auf den Baustellen und die Erreichbarkeit ist sicherzustellen. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort dem AG mitzuteilen und abzustimmen.

Während der Bauarbeiten muss ständig eine verantwortliche technische Aufsichtskraft des AN auf der Baustelle anwesend sein.

Die Einhaltung und Umsetzung der DGUV Vorschriften 73 – „Schienenbahnen“ und 77 – „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ sowie der Dienstanweisung DA-2022-003-IS - „Allgemeine Sicherungsanweisung zu Arbeiten im Bereich von Gleisen“ der rnv auf der Baustelle ist Sache des AN. Ankündigungen an die zuständige Behörde über das Erfordernis dieser Maßnahmen sind vorher mit dem AG abzustimmen.

13. Ökologische Baubegleitung

Der AN verpflichtet sich, alle anfallenden Maßnahmen unter Berücksichtigung der örtlichen, natürlichen Gegebenheiten durchzuführen.

14. Projektsprache

Die Projektsprache ist deutsch. Dies bezieht sich auf die Schriftsprache (Korrespondenz, Planunterlagen, Protokolle, Verträge etc.) und auf die mündliche Verständigung (Besprechungen, Gespräche, Bauleitung etc.).

Alle Ansprechpartner des AN müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Werden Komponenten ausländischer Hersteller eingesetzt, so sind die für den AG relevanten Dokumentationen ins Deutsche zu übersetzen.

15. Ausführungsfristen und Terminplan rnv

Der Zeitpunkt der Auftragserteilung ist für Anfang Juni vorgesehen.

Die Tiefbauarbeiten sind vom Juli bis August 2025 vorgesehen.

16. Anmeldungen

Die durchzuführenden Arbeiten, die Auswirkungen auf den laufenden Betrieb haben und eine separate Fahrdienstanweisung benötigen sind bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH mit mindestens 20 Werktagen Vorlauf anzumelden.

Diese Arbeiten sind zusätzlich mit der Bauüberwachung abzustimmen.

Der AN hat der Aufsichtsführenden Person des AG (z.B. Bauleiter, Projektleiter, Meister) die geplanten Sicherungsmaßnahmen (Sicherungsplan) vor Beginn der Arbeiten vorzulegen.

Der Maßnahmenverantwortliche fügt diese der Meldung im Betriebsmeldesystem EBS des AG bei und arbeitet sie entsprechend der Verfahrensanweisung VA-SMS/2017-001 als Antragsteller ein.

Teil 3

Baubeschreibung

Inhaltsverzeichnis

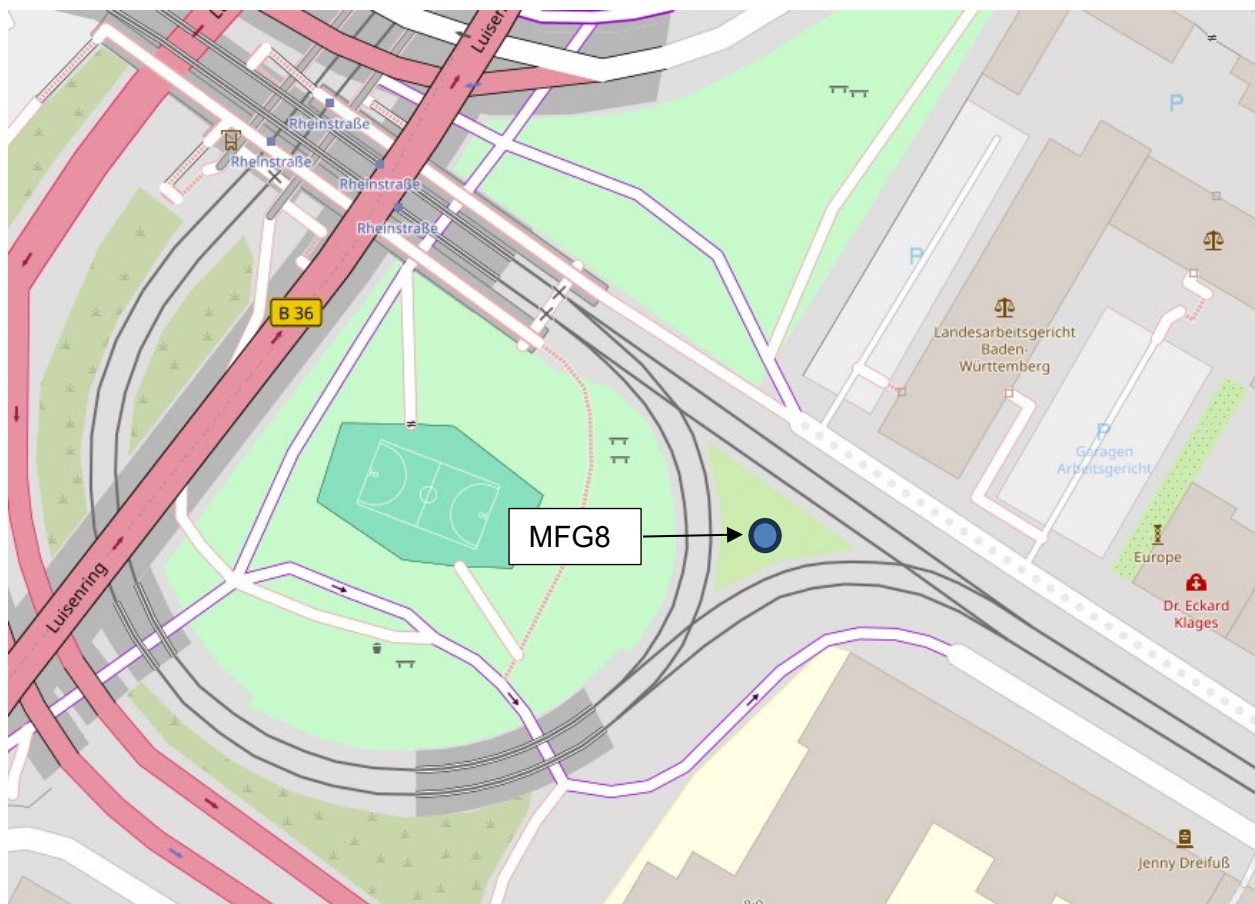
1. Lage der Maßnahme	3
1.1 Umfeld der beiden Baumaßnahmen und bestehende Situationen	3
2. Baudurchführung Tiefbau für MFG8	4
2.1 Standort1: Tiefbau für MFG8 GD Rheinstr.....	4
2.2 Standort 2: Tiefbau für MFG8 Hst. Markuskirche.....	4

1 Lage der Maßnahmen

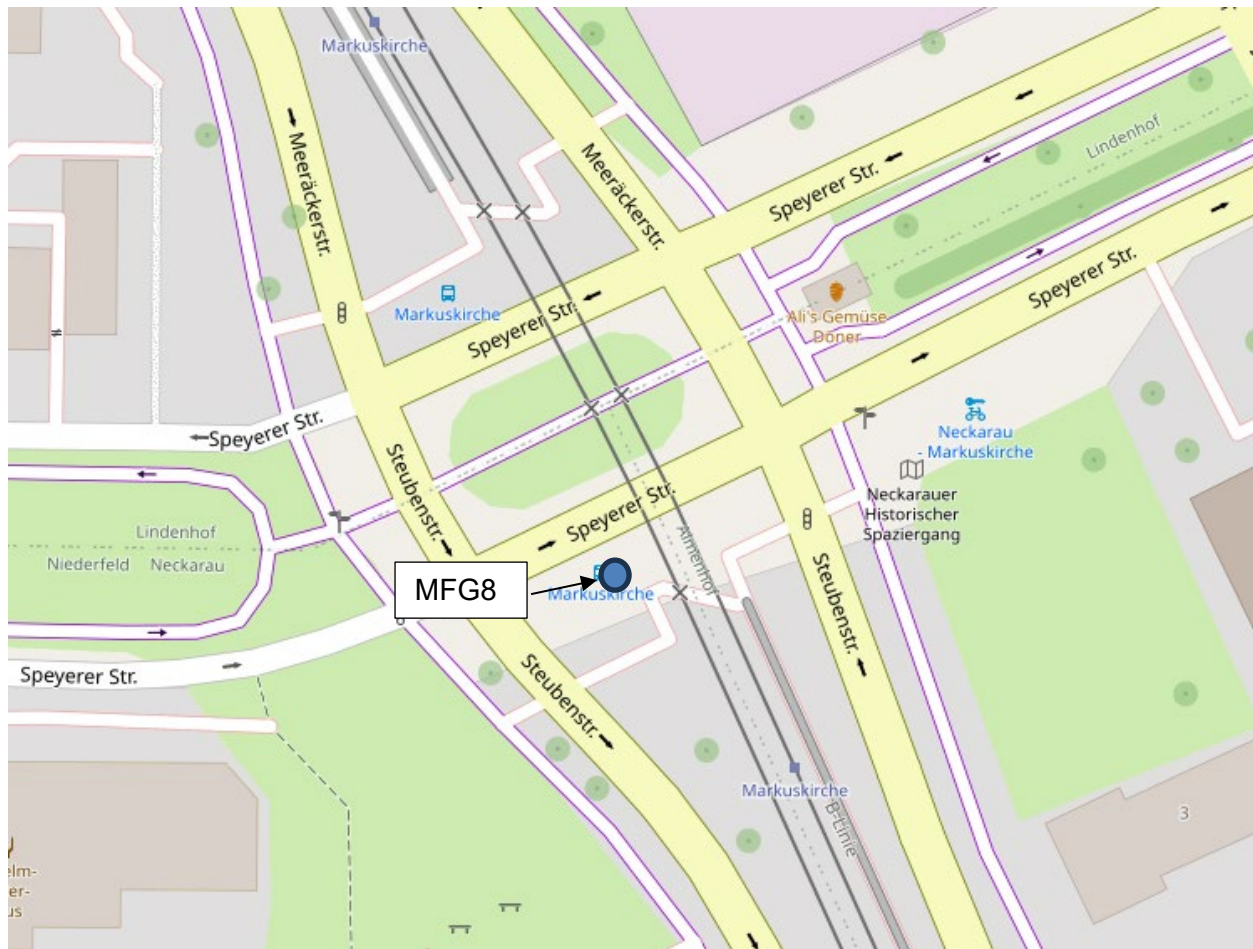
1.1 Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation

Die im folgendem beschriebenen beiden Baumaßnahmen erstrecken sich über die Streckenabschnitte:

- Standort 1: Gleisdreieck Rheinstr.
- Standort 2: Haltestelle Markuskirche



Standort 1: Übersicht zur Lage der Maßnahme



Standort 2: Übersicht zur Lage der Maßnahme

2 Tiefbauarbeiten für MFG8

2.1 Standort 1: Tiefbauarbeiten für MFG8 GD Rheinstr.

Abholung des MFG8-Gehäuses und des Sockels im Betriebshof Möhlstr. in Mannheim, Transport der beiden Teile auf die Baustelle beim GD Rheinstr., Setzen des Sockels gemäß Einbauanleitung des Herstellers am mit dem Projektleiter der Fachabteilung IS1 abgestimmten Standort, Anbindung des Sockels mit vier Leerrohren DN110 an den nächstgelegenen Schacht im GD Rheinstr., Wiederabdichten und Verputzen des angebundenen Schachtes, Montage des MFG8-Gehäuses auf den eingebauten Sockel.

2.2 Standort 2: Tiefbauarbeiten für MFG8 Hst. Markuskirche

Abholung des MFG8-Gehäuses und des Sockels im Betriebshof Möhlstr. in Mannheim, Transport der beiden Teile auf die Baustelle bei der Hst. Markuskirche, Setzen des Sockels gemäß Einbauanleitung des Herstellers am mit dem Projektleiter der Fachabteilung IS1 abgestimmten Standort, Anbindung des Sockels mit vier Leerrohren DN110 an den nächstgelegenen Schacht im GD Rheinstr., Wiederabdichten und Verputzen des angebundenen Schachtes, Montage des MFG8-Gehäuses auf den eingebauten Sockel.

Den Ausschreibungsunterlagen sind die folgenden Unterlagen beigelegt:

- Anlage 1: Beschreibung der Ausschreibung im PDF-Format
- Anlage 2: Leistungsverzeichnis im PDF-Format

Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
2. Die „Bedingungen für Bauleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
3. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
4. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
5. Die aktuell gültige Fassung der VOB/B
6. Die aktuell gültige Fassung des BGB

Vergabenummer

109-25-EK2

Baumaßnahme

M372

Leistung

Glasfaserausbau in Mannheim (M372)**BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN****1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)****1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):**

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☒ am 05.06.2025
- ☐ spätestens Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der KW ,spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Absatz 2 Satz 2 VOB/B). Die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum zugehen; Ihr Auskunftsrecht gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 VOB/B bleibt hiervon unberührt.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☒ am 31.10.2025
- ☐ innerhalb von Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Absatz 1 VOB/B sind:

- ☐ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☒ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen _____
- ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

- ☒ Los 1: 01.07.2025 – 31.10.2025
- Los 3: 01.07.2025 – 31.10.2025

2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)**2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:**

- ☐ _____ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☐ _____ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt _____ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

- 2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

3 Zahlung (§ 16 VOB/B)

Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Absatz 3 Nummer 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Absatz 5 Nummer 3 VOB/B verlängert auf

Tage.

4 Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

- ☒ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.
- ☐ Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

5 Sicherheitsleistung für Mängelansprüche

- ☐ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.
- ☒ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

6 Bürgschaften (§ 17 VOB/B)

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- | | |
|---|--|
| - die Vertragserfüllung das Formblatt | „Vertragserfüllungsbürgschaft“ |
| - die Mängelansprüche das Formblatt | „Mängelansprüchebürgschaft“ |
| - vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt | „Abschlagszahlungs-/ Vorauszahlungsbürgschaft“ |

7 Technische Spezifikationen

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

8 Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

9 frei

10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

- Sicherheit für die Mängelerfüllung kann nur durch Bürgschaft erfolgen. Die Bürgschaft ist mit Bezug zur Bestellnummer auszustellen. Ohne Bürgschaft wird keine Rechnung beglichen.

- Ist der Auftraggeber mit Abschluss des Vertrages zu einer Vorauszahlung verpflichtet, leistet er diese Zug um Zug gegen Übergabe einer unbefristeten, selbstschuldnerischen Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts aus einem Mitgliedsstaat der EU in Höhe der vereinbarten Vorauszahlung. Eine Hinterlegung eines Geldbetrages als Sicherheit für den Auftraggeber durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen. Die Bürgschaft dient als Sicherheit für Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der Vorauszahlung. Die Vorauszahlungsbürgschaftsurkunde ist unverzüglich zurückzugeben, wenn der Auftragnehmer Leistungen im Wert der Vorauszahlung erbracht hat.

- Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§ 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B): mit Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche.

Bedingungen für Bauleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

1. Vertragsgrundlagen

- 1.1** Die auszuführende Leistung wird nach Art und Umfang durch den Vertrag bestimmt.
- 1.2** Vertragsbestandteile werden in nachstehender Reihenfolge, die gleichzeitig bei Widersprüchen eine Rangfolge darstellt, auch:
 - a) die der Bestellung zugrunde liegende Leistungsbeschreibung mit den dazugehörigen Leistungsunterlagen und Zeichnungen,
 - b) die „Bedingungen für Bauleistungen“ des Auftraggebers (nachfolgend „AG“ genannt),
 - c) die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teile B und C) in der jeweils bei Vertragsschluss gültigen Fassung.
- 1.3** Die Bedingungen für Bauleistungen des AG gelten ausschließlich. Entgegenstehende und hiervon abweichende Bedingungen des Auftragnehmers (nachfolgend auch „AN“ genannt) werden vom AG nicht anerkannt, es sei denn, der AG hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Die Bedingungen für Bauleistungen gelten auch dann, wenn der AG in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Bedingungen abweichender Bedingungen des AN die vertraglich geschuldete Leistung beauftragt.

2. Vorbereitung des Angebotes

Vor Abgabe eines Angebotes hat sich der AN an Ort und Stelle des Bauvorhabens anhand der Zeichnungen und der Ausführungsunterlagen über die örtlichen Gegebenheiten des Bauvorhabens sowie über Art und Umfang der auszuführenden Arbeiten zu informieren.

3. Vertragsschluss, Art und Umfang der Leistungen

- 3.1** Die bloße Angebotserstellung durch den AN zieht keine Vergütungspflicht seitens des AG nach sich. Dies gilt auch dann, wenn die Angebotserstellung auf Aufforderung des AG erfolgt.
- 3.2** Art und Umfang der vom AN zu erbringenden Leistungen sind in der schriftlichen Bestellung des AG definiert. Diese ist maßgeblich.

- 3.3** Stellt sich nach Auftragserteilung heraus, dass zur Ausführung der vertraglichen Leistungen weitere, nicht vereinbarte Leistungen erforderlich sind, führt diese der AN auf Aufforderung des AG mit aus, es sei denn, der Betrieb des AN ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet. Haben diese Leistungen einen zusätzlichen Aufwand für den AN zur Folge, so muss der AN einen diesbezüglichen Vergütungsanspruch dem AG ankündigen, bevor er mit der Ausführung der Leistung beginnt. Sodann stimmen sich die Vertragspartner über eine gesonderte Vergütung ab.
- 3.4** Mündliche Nebenabreden im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss, insbesondere Absprachen wie Nachträge, Ergänzungen o. ä. sind nur verbindlich, wenn sie vom AG schriftlich bestätigt werden. Dies gilt auch für eine Veränderung dieser Klausel.

4. Werbung / Ausführungsunterlagen / Urheberrecht

- 4.1** Ohne schriftliche Zustimmung des AG ist es dem AN nicht gestattet, Anfrage-, Angebots- oder Ausschreibungsunterlagen des AG, Werkverträge, Bestellungen oder ähnliche Vertragsunterlagen und den damit verbundenen Schriftverkehr mit dem AG zu Referenz- oder Werbezwecken zu benutzen.
- 4.2** Alle dem AN zur Ausführung überlassenen Zeichnungen und sonstige Unterlagen bleiben Eigentum des AG und sind diesem nach Erbringung der werkvertraglichen Leistungen auf Verlangen unverzüglich auf Kosten des AN zurückzugeben. Sie dürfen nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des AG weiterverwendet, vervielfältigt oder an Dritte weitergegeben werden. Diese Pflicht besteht auch, wenn und soweit es nicht zum Abschluss eines (Werk-)Vertrages kommt.

5. Pläne und Ausführungszeichnungen

- 5.1** Der AN hat die von ihm anzufertigenden Ausführungszeichnungen, sowie evtl. weitere erforderliche Zeichnungen und Beschreibungen, bis zu dem in der Bestellung genannten Termin dem AG zur Freigabe zum Zwecke der Überlassung an das Aufsichtspersonal des AG vorzulegen. Dies gilt auch für die Dokumentation von nachträglich vereinbarten Änderungen.
- 5.2** Der AN hat dem AG auf dessen Anforderung Werkszeugnisse über die Materialeigenschaften der vom AN gelieferten Baustoffe vorzulegen, die über Festigkeit, Zusammensetzung und andere wesentliche Eigenschaften Auskunft geben können. Die Vorlagepflicht befreit den AN nicht von seiner Verantwortung für die technische Ausführbarkeit und ordnungsgemäße Erfüllung der Leistung.
- 5.3** Alle dem AG vom AN im Zusammenhang mit der Ausführung der Bestellung überlassenen Unterlagen werden Eigentum des AG.

6. Ausführung der Leistung, Subunternehmer

- 6.1** Der AN ist für die technische Ausführbarkeit und ordnungsgemäße Erfüllung der Leistung verantwortlich. Dies gilt auch dann, falls der AG die vorgelegten Pläne des AN freigegeben haben sollte.
- 6.2** Vor Beginn der Aufnahme der einzelnen Leistungen hat der AN die Planmaße zu überprüfen. Fehler oder Mängel muss er dem AG unverzüglich mitteilen.
- 6.3** Das Abstecken der Hauptachsen und die Übergabe der Festpunkte in der unmittelbaren Umgebung der Baustelle wird durch den AG vorgenommen. Der AN prüft diese nach und teilt dem AG unverzüglich mit, wenn diese nicht im Einklang mit den Planmaßen stehen sollten.
- 6.4** Für Schäden durch verloren gegangene oder beschädigte Absteckungen, Vermessungspunkte und Grenzzeichen von Grundstücken hat der AN aufzukommen.
- 6.5** Der AN hat alle von ihm bereitgestellten Materialien, die sich auf der Baustelle befinden, gegen Diebstahl und Beschädigung zu versichern.
- 6.6** Der AN darf die ihm übertragenen Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG weitervergeben.
- 6.7** Der AN ist verpflichtet, die für seine Leistung einschlägigen Arbeitsschutz-, Unfallverhütungs-, Umweltschutz- sowie sonstige gesetzliche Vorschriften einzuhalten.
- 6.8** Die Entsorgung der bei der Ausführung seiner Arbeiten anfallenden entsorgungspflichtigen Stoffe nimmt der AN unter Einhaltung der jeweils geltenden behördlichen und gesetzlichen Vorschriften auf eigene Kosten vor. Die nachweispflichtigen Entsorgungsnachweise sind dem AG umgehend zu übergeben.
- 6.9** Nach Fertigstellung der Arbeiten sind alle vom AN in Anspruch genommenen Flächen von diesem wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- 6.10.** Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

7. Bauleitung und Bauaufsicht

- 7.1** Der AN hat vor Beginn der von ihm auszuführenden Arbeiten einen für das gesamte Vorhaben verantwortlichen und vertretungsberechtigten Bauleiter schriftlich zu benennen. Vor einem Wechsel seiner Bauleitung hat der AN den AG unverzüglich schriftlich zu informieren.
- 7.2** Der AG ist berechtigt, den benannten Bauleiter abzulehnen, falls dieser in fachlicher oder persönlicher Hinsicht sich als für die Überwachung der Arbeiten ungeeignet erweist.
- 7.3** Der Bauleiter ist Ansprechpartner für die die Bauausführung betreffenden Weisungen. Bedenken gegen diese hat der AN dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

8. Baustelleneinrichtung und Sicherung

- 8.1** Der AN hat bis zur Abnahme seiner Leistung alle zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen in eigener Verantwortung zu treffen. Für den Zustand der Baustelle ist der AN verantwortlich.
- 8.2** Der AN hat für geeignete Arbeitsbedingungen auf der Baustelle zu sorgen.
- 8.3** Auf Verlangen des AG hat der AN diesem einen Baustelleneinrichtungsplan sowie eine Geräteliste vorzulegen.
- 8.4** Das Aufstellen von Firmenschildern durch den AN bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.
- 8.5** Sofern der AN für die Durchführung seiner Leistungen Wasser-, Energie-, Abwasseranschlüsse oder sonstige Medienanschlüsse oder Gerüste benötigt, hat der AN diese selbst zu stellen und auf eigene Kosten zu unterhalten, sofern keine andere schriftliche vertragliche Vereinbarung mit dem AG im Einzelfall getroffen wurde. Die Kosten des Verbrauchs trägt ebenfalls der AN.
- 8.6** Die Baustelle und der vom AN genutzte Lagerplatz sind sauber zu halten. Der AN hat nach Fertigstellung seiner Leistungen sämtliche Baugeräte, Gerüste, Ausrüstungsgegenstände, Bau- und Werkstoffe, sofern diese nicht vom AG übernommen werden, unverzüglich von der Baustelle zu entfernen.

9. Maßnahmen zur Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht

- 9.1** Der AN ist für die Einhaltung der am Bau zu beachtenden Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften verantwortlich. Beim Ausheben von Gruben, Schächten und ähnlichen Baumaßnahmen hat der Baugrubenverbau im Einklang mit den anerkannten Regeln der Technik so zu erfolgen, dass Rutschungen und Setzungen,

gleich bei welchem Bauzustand, nicht entstehen können und eine Gefährdung der im Graben oder Schacht befindlichen Person verhindert wird.

- 9.2** Der AN hat die Baustelle mit Baustofflagerplatz in der gesamten Länge vorschriftsmäßig abzuschränken, zu beschildern und bei Dunkelheit an allen Gefahrenpunkten zu beleuchten und zu sichern.
- 9.3** Die für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit erforderlichen behördlichen Genehmigungen holt der AN in eigener Verantwortung nach vorheriger Verständigung mit dem AG ein.
- 9.4** Machen es die örtlichen Verhältnisse unumgänglich, behördlich vorgeschriebene Sicherheitsposten, Sicherungsaufsicht oder Bahnübergangssicherungsposten zu stellen, ist vorab eine Zusatzbestellung beim AG einzuholen.
- 9.5** Der AN ist für die ordnungsgemäße Absperrung und Kennzeichnung der Baustelle verantwortlich.
- 9.6** Der AN hat bei Arbeiten im öffentlichen Straßenraum den Träger der Straßenbaulast vor Aufnahme der Arbeiten zu benachrichtigen. Insbesondere hat der AN rechtzeitig vor Arbeitsaufnahme die notwendigen verkehrsrechtlichen Genehmigungen bei der Verkehrsbehörde einzuholen und den AG unverzüglich von den eingeleiteten Maßnahmen sowie den jeweiligen Sachstand in Kenntnis zu setzen.
- 9.7** Anfallende Gebühren für die Erteilung einer verkehrsrechtlichen Anordnung hat der AN zu tragen.

10. Ausführungsfristen, Vertragsstrafe

- 10.1** Die Ausführung durch den AN ist gemäß den verbindlichen Vertragsfristen zu beginnen, angemessen zu fördern und zu vollenden.
- 10.2** Verzögert der AN den Beginn der Ausführung, gerät er mit der Vollendung in Verzug oder kommt er der in Ziffer 9.1. erwähnten Verpflichtung nicht nach, so kann der AG bei Aufrechterhaltung des Vertrages Schadenersatz verlangen und dem AN eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung setzen und erklären, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.
- 10.3** Wird eine vertragliche Fertigstellungsfrist aus Gründen, die der AN und / oder seine Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben, nicht eingehalten, hat der AN an den AG eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,15 % der Nettoauftragssumme für jeden angefangenen Werktag der Verspätung zu zahlen. Die hierbei maximal verwirkte Vertragsstrafe ist auf einen Betrag in Höhe von 5 % der Nettoauftragssumme begrenzt.

- 10.4** Der AN hat die Vertragsstrafe auch dann zu zahlen, wenn sich der AG das Recht, die Vertragsstrafe zu verlangen, bei der Abnahme nicht vorbehält, sofern der AG die Vertragsstrafe vor der Fälligkeit der Schlusszahlung schriftlich geltend macht.

11. Aufmaß / Massenermittlung

- 11.1** Die vom AN fertiggestellten Leistungen mit den dazugehörigen Lieferungen werden nach Fertigstellung der Arbeiten von den Vertragsparteien in einem gemeinsam zu unterzeichnenden Aufmaß-Protokoll hinsichtlich ihres Volumens festgestellt. Bei größeren Bauvorhaben werden nach Baufortschritt Zwischenaufmaßprotokolle aufgestellt.
- 11.2** Ein Materialnachweis wird dadurch geführt, dass eingebautes mit dem laut Lieferschein bestellten Material verglichen und mit der Leistungsbeschreibung auf Übereinstimmung überprüft wird.

12. Abnahme

- 12.1** Bauleistungen sind förmlich im Sinne von § 12 Abs. 4 VOB/ Teil B unter Anfertigung einer Niederschrift abzunehmen. Dies gilt auch für Mängelbeseitigungsleistungen. Eine fiktive Abnahme ist ausgeschlossen. Konkludente Handlungen, wie zum Beispiel Ingebrauchnahme, Fortführung der Leistung o. ä., gelten nicht als Abnahme.
- 12.2** Der AN trägt die Gefahr für die von ihm ausgeführten Leistungen bis diese abgenommen sind.
- 12.3** In Fällen höherer Gewalt und bei Streik, Aussperrung, Betriebsstörung und sonstigen vom AG nicht zu beeinflussenden Ereignissen ist der AG berechtigt, die Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem AN hierdurch Ansprüche entstehen.

13. Gewährleistung

- 13.1** Die Verjährungsfrist für sämtliche Bauleistungen beträgt 5 Jahre. Sie beginnt mit dem Tag der Abnahme der Bauleistung durch den AG.
- 13.2** Mit Abnahme von Mängelbeseitigungsleistungen läuft für diese eine neue Frist gemäß Ziffer 13.1.
- 13.3** Der AN ist verpflichtet, alle während der Verjährungsfrist hervortretenden Mängel, die auf seine vertragswidrige Leistung zurückzuführen sind, auf seine Kosten zu beseitigen, wenn der AG vor Ablauf der Frist unter Ziffer 13.1 dies schriftlich verlangt.

- 13.4** Im Übrigen richten sich die Gewährleistungspflichten des AN nach den gesetzlichen Regelungen der §§ 634 ff. BGB.

14. Haftung für Schädigungen Dritter

- 14.1** Der AN ist verpflichtet, die durch ihn verursachten Schäden an Straßen, Wegen, Gebäuden, Versorgungs- und Verkehrsanlagen auf seine Kosten zu beseitigen.
- 14.2** Für den Fall, dass der geschädigte Dritte den AG direkt in Anspruch nimmt, ist der AN verpflichtet, den AG insoweit von der Inanspruchnahme freizustellen, als er auch selbst gegenüber dem Dritten haften würde. Für die Kostentragung im Innenverhältnis zwischen dem AG und dem AN gilt die Vorschrift des § 254 BGB.

15. Abrechnung

- 15.1** Die Abrechnung erfolgt auf Grundlage eines gemeinsamen Aufmaßes nach den vereinbarten Einheitspreisen. Das Aufmaß und sonstige dazugehörige Unterlagen sind der Abrechnung beizufügen. Abschlagsrechnungen werden vom AG nur auf Basis gemeinsam erstellter und von beiden Seiten anerkannter Aufmäße akzeptiert. Für die Fristen der Rechnungserstellung des AN, insbesondere die Ausstellung einer Schlussrechnung, gilt die gesetzliche Vorschrift des § 14 UStG.
- 15.2** Es sind baubegleitende Leistungsfeststellungen und Leistungsnachweise zu erbringen. Werden Positionen nach Liefer- bzw. Wiegeschein abgerechnet, so sind diese täglich der örtlichen Bauüberwachung vorzulegen und von ihr bestätigen zu lassen. Zur Schlussrechnung sind die Originallieferscheine, nach Positionen geordnet, fortlaufend sortiert beizufügen. Das örtliche Aufmaß von Leitungsgräben und Rohrleitungen erfolgt am offenen Graben. Bereits ab der 1. Abschlagsrechnung sind nachvollziehbare Massenermittlungen auf der Grundlage von gemeinsam erstellten und von beiden Seiten anerkannten Aufmaßen vorzulegen. Eine Auszahlung ohne Aufmaß erfolgt nicht.
- 15.3** Der AN hat seine Leistungen prüfbar abzurechnen. Reicht der AN eine prüfbare Rechnung nicht ein, obwohl ihm der AG eine angemessene Frist gesetzt hat, so kann sie der AG selbst auf Kosten des AN ausstellen.

16. Abrechnung von Stundenlohnarbeiten

- 16.1** Stundenlohnarbeiten werden nur dann vergütet, wenn sie vom AG besonders schriftlich beauftragt werden. Dies gilt auch für Arbeiten, bei denen Samstags-, Sonntags- oder Feiertagszuschläge anfallen.
- 16.2** Der AN hat die Nachweise für Stundenlohnarbeiten, nachdem sie erbracht wurden, innerhalb von 2 Werktagen dem AG zur Bestätigung vorzulegen. Die Bestätigung

bezieht sich auf die Leistungserbringung, nicht aber auf die vertragsmäßige Leistungsabrechnung.

- 16.3** Hat der AG Stundenlohnarbeiten schriftlich in Bestellung gegeben, müssen die von der Bauleitung des AG zur Bestätigung schriftlich abgezeichneten Nachweise in zweifacher Ausfertigung erstellt werden und folgende Angaben enthalten:

- Art der Arbeit
- Name, Beruf des Arbeiters
- bei Ingenieur- und Meisterstunden genaue Angaben über den Anforderungsgrund
- Zahl der geleisteten Arbeitsstunden unter Angabe des Datums am Einsatztag, des Arbeitsbeginns und Arbeitsendes
- Art und Menge der beigestellten Stoffe

Die Nachprüfung bestätigter Nachweise für Stundenlohnarbeiten behält sich der AG ausdrücklich vor.

17. Sicherheitseinbehalt

Der AG ist für die Dauer der Gewährleistungsfrist berechtigt, einen Sicherheitseinbehalt in Höhe von 5 % der gesamten Abrechnungssumme zur Erfüllung der Gewährleistungspflichten des AN einzubehalten. Dieser Einbehalt kann vom AN durch eine unbefristete, selbstschuldnerische Bankbürgschaft eines inländischen Kreditinstitutes oder Versicherers oder durch Hinterlegung abgelöst werden. Die Rückgabe erfolgt mit Ablauf der Gewährleistungspflicht. Sofern zu diesem Zeitpunkt die vom AG geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf er einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

18. Haftpflichtversicherung

Der AN hat sich für von ihm zu verantwortende Schäden, die bei der Ausführung des Vertrages verursacht werden können, angemessen zu versichern und dies auf Verlangen nachzuweisen.

19. Wettbewerbswidrige Preisabsprache

Hat der AN oder die von ihm beauftragten oder tätigen Personen bei der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen, die zu einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung geführt hat, so hat der AG einen Anspruch in Höhe von 3 % der Bruttoschlussrechnungssumme als pauschalen Schadenersatz. Es bleibt dem AG nachgelassen, einen im Einzelfall höheren Schaden nachzuweisen.

20. Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht

- 20.1** Erfüllungsort für Lieferungen und Leistungen ist der sich aus dem Vertrag ergebende Leistungsort.

20.2 Gerichtsstand ist Mannheim, soweit der AN Vollkaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches oder juristische Person des öffentlichen Rechtes ist oder öffentlich rechtliches Sondervermögen besitzt. Ansprüche des AG können auch am allgemeinen Gerichtsstand des AN geltend gemacht werden.

Stand Januar 2024

	Vergabenummer	Datum
	109-25-EK2	
Baumaßnahme M372		
Leistung Glasfaserausbau in Mannheim (M372)		

Ergänzung der Aufforderung zur Angebotsabgabe**Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****1 Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind****1.1 Formblätter**

- ☒ Angebotsschreiben (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Angaben zur Preisermittlung entsprechend den Formblättern 221 oder 222 (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ 224 - Angebot Lohnleitklausel (wenn ein Änderungssatz angeboten wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, zu dem ein Änderungssatz angeboten wird)
- ☒ 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- ☒ 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- ☒ 235 - Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (wenn sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird; bei Abgabe mehrere Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient)
- ☐ 248 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ Vertragsformular/e Instandhaltung (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Eigenerklärung EU-Sanktionen
- ☒ Formblätter zum Landestarif- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg

1.2 unternehmensbezogene Unterlagen

- ☒ Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder
Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder
Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☒ Referenzenangaben im Register Eignungskriterien (direkt auf der Vergabeplattform)
- ☒ Nachweis Versicherungspolice/ Erklärung der Versicherung über Abschluss dieser bei Auftragserteilung

1.3 Leistungsbezogene Unterlagen

- ☒ Leistungsverzeichnis mit den Preisen
- ☐ Produktangaben in folgenden Positionen:

☐

1.4 sonstige Unterlagen

- ☐ Erfüllung von Mindestanforderungen, z.B. Datenblätter, Muster, spezielle Nachweise
- ☐

2 Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind**2.1 Formblätter**

- ☐ 126 - Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐ 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐
- ☐

2.2 unternehmensbezogene Unterlagen (Bestätigungen der Eigenerklärungen)

- ☐ Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- ☒ Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- ☒ Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- ☒ rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- ☒ Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- ☐
- ☐

2.3 leistungsbezogene Unterlagen

- ☐ Produktdatenblätter benannter Fabrikate
- ☐

2.4 sonstige Unterlagen

- ☒ Urkalkulation (die Urkalkulation wird für die Prüfung der Preise geöffnet, im Anschluss wieder verschlossen)
- ☒ Die Urkalkulation ist in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift
- ☒ "NICHT ÖFFNEN - Urkalkulation" und der Projektbezeichnung und Projektnummer zu versehen.



**Projekt M372:
Beschaffung MFG8 für den LWL-Ausbau im
Stadtgebiet Mannheim**

**Vergabeverfahren 109-25-EK2
LOS 2**

Erstellt von:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Abteilung IS1

Bernd Schlösser

Möhlstr. 27

68165 Mannheim

Stand 11.02.2025

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	3
1.1	Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung	3
1.2	Umfang der Baumaßnahme und bestehende Situation	3
1.3	Projektsprache	3
1.4	Ausführungsfristen und Terminplan	3
1.5	Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistungen	3
1.5.1	Los 1 - Lieferung von zwei MFG8 incl. Sockel und der Teile für den Innenausbau	3
2.	Los 1 - Lieferung von zwei MFG8 incl. Sockel und der Teile für den Innenausbau	4
2.1	Allgemeines	4
2.2	Transport, Verpackung und Lieferung	4

1. Allgemeines

1.1 Auftraggeber, Kostenträger, Planer und Bauüberwachung

Auftraggeber der Maßnahme ist die:

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstr. 27
68165 Mannheim

Die Planung u. Bauüberwachung übernimmt im Auftrag der MV Mannheimer Verkehr GmbH die:

RNV Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstr. 27
68165 Mannheim

1.2 Umfang der Baumaßnahme und bestehende Situation

Lieferung von zwei Multifunktionsgehäuse Größe 8 (MFG8) incl. Sockel und der Teile für den Innenausbau des MFG8 für den LWL-Ausbau im Stadtgebiet Mannheim.

1.3 Projektsprache

Die Projektsprache ist deutsch. Dies bezieht sich auf die Schriftsprache (Korrespondenz, Planunterlagen, Protokolle, Verträge etc.) und auf die mündliche Verständigung (Besprechungen, Gespräche, Bauleitung etc.).

Alle Ansprechpartner des Auftragnehmers (AN) müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Werden Komponenten ausländischer Hersteller eingesetzt, so sind die für den Auftraggeber (AG) relevanten Dokumentationen ins Deutsche zu übersetzen.

1.4 Ausführungsfristen und Terminplan

Liefertermin ab dem 01.06.2025; Festlegung eines Lieferterminplans nach Absprache des AN mit dem AG, Abteilung IS1.

1.5 Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistungen

1.5.1 Teil 1 – Lieferung von zwei MFG8 incl. Sockel und der Teile für den Innenausbau

Lieferung von zwei MFG8 incl. Sockel und der Teile für den Innenausbau gemäß LV.

2. Teil 2 – Lieferung von zwei MFG8 incl. Sockel und der Teile für den Innenausbau

2.1 Allgemeines

Lieferung von zwei MFG8 incl. Sockel und der Teile für den Innenausbau gemäß dem LV.

2.2 Transport, Verpackung und Lieferung

Transport, Verpackung und Lieferung frei Lager im Betriebshof Möhlstraße, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim des AG.

Der AN hat sich mit dem AG über den Anlieferungstermin der Sendung zu verständigen. die MFG8-Gehäuse, die Sockel sowie die Teile für den Innenausbau sind so zu verpacken, dass sie in einwandfreiem Zustand im Lager Möhlstraße des AG eintreffen.

Sämtliche Transporte erfolgen auf Gefahr des AN. Die Entgegennahme einer Lieferung bedeutet keine Abnahme und Anerkennung ihrer Ordnungsmäßigkeit.

Den Ausschreibungsunterlagen sind die folgenden Unterlagen beigelegt:

- Anlage 1: Beschreibung Beschaffung MFG8 im PDF-Format
- Anlage 2: Leistungsverzeichnis MFG8 im PDF-Format

Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
2. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
3. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
4. Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
5. Die aktuell gültige Fassung der VOL/B
6. Die aktuell gültige Fassung des BGB

Vergabenummer	109-25-EK2
---------------	------------

Maßnahme

M372

Leistung

Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1 Überwachung der Anlieferung

Die Überwachung obliegt dem Auftraggeber. Dieser hat den Architekten/Ingenieur

Wird nach Auftragserteilung bekannt gegeben

mit der Wahrnehmung beauftragt. Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. vom beauftragten Architekten/Ingenieur getroffen werden.

2 Anlieferungs- oder AnnahmestelleOrt frei Lager im Betriebshof Möhlstraße, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim

Gebäude _____

Raum _____

3 AusführungsfristenAnlieferung 05.06.2025Ende der Ausführung 31.10.2025folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen: Lieferung bis 25.06.2025**4 Vertragsstrafen (§ 11)**

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen:

4.1 bei Überschreitung der unter 3. genannten Fristen

☐ für jede vollendete Woche _____ Prozent☐ für jeden Werktag _____ Prozent

desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

4.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt _____ Prozent der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

4.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

5 Rechnungen (§ 15)

Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber

_____ -fach und zugleich

bei RG_RNV@rnv-online.de

_____ 1 -fach einzureichen.

6 Sicherheitsleistung (§ 18)**6.1 Stellung der Sicherheit**

Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Vertrag ist in Höhe von

Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, und wenn dies für die sach- und fristgemäße Leistung ausnahmsweise erforderlich erscheint.

Sicherheit kann wahlweise durch Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

6.2 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das Formblatt „**Vertragserfüllungsbürgschaft**“ des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB) zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss inhaltlich vollständig dem Formblatt des Auftraggebers entsprechen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."

7 Zahlungsbedingungen (§ 17)

Vorauszahlungen werden nur geleistet, wenn nachfolgend eine Regelung getroffen ist.

8 - frei -**9 Weitere Besondere Vertragsbedingungen**

Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen (AEB Liefer- und Werkleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten („Auftragnehmer“). Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten insbesondere für Verträge über den Einkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“) an die rnv-Gruppe, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Liefer- und Werkleistungen in der zum Zeitpunkt unserer Bestellung gültigen bzw. jedenfalls in der zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Diese AEB Liefer- und Werkleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsbestätigung auf seine AGB verweist und wir dem nicht ausdrücklich widersprechen.

(4) Individuelle Vereinbarungen (z. B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und Angaben in unserer Bestellung haben Vorrang vor den AEB Liefer- und Werkleistungen. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich abzugeben. Schriftlichkeit im Sinne dieser AEB Liefer- und Werkleistungen schließt Schrift- und Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax) ein. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Liefer- und Werkleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

(2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 1 Woche schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme).

§ 3 Lieferzeit und Verzug

(1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 2 Wochen ab Vertragschluss. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

(2) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.

(3) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 1 % des Nettopreises pro vollendeter Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des jeweiligen Auftragswerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt

der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

(1) Der Auftragnehmer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Beschränkung auf Vorrat).

(2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Mannheim, Möhlstraße 27, zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).

(3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

(4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

(5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z. B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Auftragnehmer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Auftragnehmer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

§ 5 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ereignisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme/Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

§ 6 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

(1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Lieferung oder die Fertigstellung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.

(2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Die Beendigung erfolgt im Falle von Dauerschuldverhältnissen durch Kündigung, andernfalls durch Rücktritt vom Vertrag. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

§ 7 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis die jeweils für ihn maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Insbesondere sind alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United

Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden:

<https://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/Dokumente-Ueber-uns/DIE-ZEHN-PRINZIPIEN-1.pdf>

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.

(3) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.

(4) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitrachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.

(5) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß § 6 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.

(6) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 5 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

(7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

§ 8 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.

(2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung, Zoll) ein.

(3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger vertragsgemäßer Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

(4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

§ 9 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

(1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

(2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.

(3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.

(4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

§ 10 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

(1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst nach unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.

(2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist. Besondere Geheimhaltungsvereinbarungen und gesetzliche Regelungen zum Geheimnisschutz bleiben hiervon unberührt.

(3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

(4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen. Das Gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.

(5) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Auftragnehmers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 11 Gewährleistungsansprüche

(1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage/Installation oder mangelhafter Anleitungen) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Auftragnehmer gelten die gesetzlichen Vorschriften und, ausschließlich zu unseren Gunsten, die nachfolgenden Ergänzungen und Klarstellungen.

(2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB Liefer- und Werkleistungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Auftragnehmer oder vom Hersteller stammt.

(3) Bei Waren mit digitalen Elementen oder sonstigen digitalen Inhalten schuldet der Verkäufer die Bereitstellung und Aktualisierung der digitalen Inhalte jedenfalls insoweit, als sich dies aus einer Beschaffungsvereinbarung gemäß Abs. 2 oder sonstigen Produktbeschreibungen des Herstellers oder in seinem Auftrag, insbesondere im Internet, in der Werbung oder auf dem Warenetikett, ergibt. Ergänzend gilt § 475b BGB.

(4) Zu einer Untersuchung der Ware oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. .

(5) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

(6) Mit dem Zugang unserer schriftlichen Mängelanzeige beim Auftragnehmer ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt, bis der Auftragnehmer unsere Ansprüche ablehnt oder den Mangel für beseitigt erklärt oder sonst die Fortsetzung von Verhandlungen über unsere Ansprüche verweigert. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung beginnt die Gewährleistungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Auftragnehmers davon ausgehen, dass dieser sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm.

(7) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde, bevor der Mangel offenbar wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen (Aus- und Einbaukosten) bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Aus- und Einbaukosten, trägt der Auftragnehmer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

(8) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

(9) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

§ 12 Produzentenhaftung

(1) Ist der Auftragnehmer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Auftragnehmer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von

Rückrufmaßnahmen werden wir den Auftragnehmer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§ 13 Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert, sicherstellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.

(2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Dem Auftraggeber sind auf Verlangen Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, hat der Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht.

§ 14 Schutzrechte

(1) Der Auftragnehmer steht nach Maßgabe dieses Abs. 1 dafür ein, dass durch von ihm gelieferte Produkte keine Schutzrechte Dritter in Ländern der Europäischen Union oder anderen Ländern, in denen er die Produkte herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden. Er ist verpflichtet, uns von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen uns wegen einer solchen Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und uns alle notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Schutzrechtsverletzung weder zu vertreten hat noch bei Anwendung kaufmännischer Sorgfalt zum Zeitpunkt der Lieferung hätte kennen müssen.

(2) Unsere weitergehenden gesetzlichen Ansprüche wegen Rechtsmängeln der an uns gelieferten Produkte bleiben unberührt.

§ 15 Verjährung

(1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

(3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 16 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AEB Liefer- und Werkleistungen und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

(2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB Liefer- und Werkleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

	Vergabenummer	Datum
	109-25-EK2	
Baumaßnahme M372		
Leistung Glasfaserausbau in Mannheim (M372)		

Ergänzung der Aufforderung zur Angebotsabgabe**Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****1 Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind****1.1 Formblätter**

- ☒ Angebotsschreiben (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ Angaben zur Preisermittlung entsprechend den Formblättern 221 oder 222 (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ 224 - Angebot Lohngleitklausel (wenn ein Änderungssatz angeboten wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, zu dem ein Änderungssatz angeboten wird)
- ☒ 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- ☒ 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- ☐ 235 - Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (wenn sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird; bei Abgabe mehrere Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient)
- ☐ 248 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ Vertragsformular/e Instandhaltung (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Eigenerklärung EU-Sanktionen
- ☐

1.2 unternehmensbezogene Unterlagen

- ☒ Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐
- ☐

1.3 Leistungsbezogene Unterlagen

- ☒ Leistungsverzeichnis mit den Preisen
- ☐ Produktangaben in folgenden Positionen:

☐**1.4 sonstige Unterlagen**

- ☐ Erfüllung von Mindestanforderungen, z.B. Datenblätter, Muster, spezielle Nachweise
- ☐

2 Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind**2.1 Formblätter**

- ☐ 126 - Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐ 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐
- ☐

2.2 unternehmensbezogene Unterlagen (Bestätigungen der Eigenerklärungen)

- ☒ Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- ☒ Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- ☒ Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- ☒ rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- ☐ Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- ☐ Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- ☐
- ☐

2.3 leistungsbezogene Unterlagen

- ☒ Produktdatenblätter benannter Fabrikate
- ☐

2.4 sonstige Unterlagen

- ☐ Urkalkulation (die Urkalkulation wird für die Prüfung der Preise geöffnet, im Anschluss wieder verschlossen)
- ☐
- ☐

Name und Anschrift des Bieters
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:
Datum:
Tel.:
Fax:
e-mail:
USt.-ID-Nr.:
HR-Nr.:
Registergericht:
BlmA-Nummer:

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27
68165 Mannheim
Deutschland

Angebotsschreiben

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer	Baumaßnahme
	M372

Vergabenummer	Leistung
109-25-EK2	Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

Anlagen¹, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 224 Lohnleitklausel - Berechnung des Änderungssatzes
- ☐ 233 Nachunternehmerleistungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ Nebenangebot(e)
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

Anlagen¹, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐ 221 oder 222 Angaben zur Preisermittlung
- ☐

¹ vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 1 Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.
- 2 Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer
- | | | |
|-------|-------|------|
| Los 1 | _____ | Euro |
| Los 2 | _____ | Euro |
| Los 3 | _____ | Euro |
| Los 4 | _____ | Euro |
| Los 5 | _____ | Euro |
- 2.1 Die Gesamtsumme der jährlichen Vergütung gem. Instandhaltungsvertrag² beträgt einschl. Umsatzsteuer
- | | | |
|-------|-------|-------|
| Los 1 | _____ | Euro* |
| Los 2 | _____ | Euro* |
| Los 3 | _____ | Euro* |
| Los 4 | _____ | Euro* |
| Los 5 | _____ | Euro* |
- * nur ausfüllen, wenn den Vergabeunterlagen ein Instandhaltungsvertrag beiliegt
- 3 Anzahl der Nebenangebote
- | | | |
|-------|-------|-----|
| Los 1 | _____ | St. |
| Los 2 | _____ | St. |
| Los 3 | _____ | St. |
| Los 4 | _____ | St. |
| Los 5 | _____ | St. |
- 4 Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote³ sowie auf die Preise für angeordnete Leistungen, die auf Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind
- | | | |
|-------|-------|---|
| Los 1 | _____ | % |
| Los 2 | _____ | % |
| Los 3 | _____ | % |
| Los 4 | _____ | % |
| Los 5 | _____ | % |
- 5 Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016,
 - Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B

² Bei mehreren Instandhaltungsverträgen ist die Summe der jährlichen Vergütungen einzutragen.

³ Preisnachlass gilt nicht für Instandhaltungsangebot

- 6 ☐ **Ich bin/Wir sind für die zu vergebende Bauleistung präqualifiziert und im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:**
- | | |
|-------------|------------------|
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |

- ☐ Ich bin/Wir sind kleines oder mittleres Unternehmen – KMU - (< 250 Beschäftigte und ≤ 50 Mio Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio Jahresbilanzsumme).⁴

7 **Ich/Wir erkläre(n), dass**

- ☐ ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
- ☐ ich/wir die Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen bzw. Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmer aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

8 **Ich/Wir erkläre(n), dass**

- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugegangene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- ein nach der Leistungsbeschreibung ggf. zu benennender Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter über die nach den „Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen; geeigneter Koordinator (Konkretisierung zu § 3 BaustellV) (RAB 30)“ geforderte Qualifikation verfügen, um die nach Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.
- ich/wir jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitteile(n).

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
 - ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
 - ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,
- wird das Angebot ausgeschlossen.

⁴ Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.

Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer

Vergabenummer
109-25-EK2

Vergabeart

☐ Öffentliche Ausschreibung☐ Beschränkte Ausschreibung☐ Freihändige Vergabe☐ Internationale NATO-Ausschreibung☒ Offenes Verfahren☐ Nichtoffenes Verfahren☐ Verhandlungsverfahren☐ Wettbewerblicher Dialog

Baumaßnahme

M372

Leistung

Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

☐ Bewerber*)☐ Bieter¹⁾☐ Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft¹⁾☐ Nachunternehmer¹⁾☐ anderes Unternehmen¹⁾

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Euro

Euro

Euro

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten fünf Kalenderjahren bzw. dem in der Auftragsbekanntmachung angegebenen Zeitraum¹ vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb füge(n) ich/wir meinem/unserem **Teilnahmeantrag** eine Referenzliste bei.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

*) zutreffendes ankreuzen

¹ Der längere Zeitraum ist maßgebend.

Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben.

Registereintragungen

Ich bin/Wir sind

- ☐ im Handelsregister eingetragen.
- ☐ für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen.
- ☐ bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen.
- ☐ zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A vorliegen.
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- ☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 6 VOB/A vorliegt.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 4 VOB/A vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse², eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen³ sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

² soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

³ soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)⁴

⁴ nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

Bieter	Vergabenummer	Datum
	109-25-EK2	
Baumaßnahme M372		
Leistung Glasfaserausbau in Mannheim (M372)		

Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen der Leistungsbeschreibung und auf Verlangen der Vergabestelle die Namen der Nachunternehmer:

- ☐ Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei Angebotsabgabe anzugeben.

[illegible]

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer	Baumaßnahme M372
Vergabenummer 109-25-EK2	Leistung Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären¹, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

¹ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin

Postanschrift
11014 Berlin

Tel +49 30 18 681-16882

Fax +49 30 18 681-516882

BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen
nach den Vorgaben
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

Allgemeines

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

Informationen zum LTMG

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*
oder
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mir/wir uns
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
 - oder
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

 Ort, Datum

 Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

 Ort, Datum

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Ort, Datum

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Nachunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	109-25-EK2	
Baumaßnahme M372		
Leistung Glasfaserausbau in Mannheim (M372)		

Angaben zur Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen

1	Angaben über den Verrechnungslohn	Zuschlag %	€/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird		
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne, als Zuschlag auf ML		
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder, als Zuschlag auf ML		
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)		
1.5	Zuschlag auf Kalkulationslohn (aus Zeile 2.4, Spalte 1)		
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5, VL im Formblatt 223 berücksichtigen)		

2	Zuschläge auf die Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten	Zuschläge in % auf				
		Lohn	Stoffkosten	Gerätekosten	Sonstige Kosten	Nachunternehmerleistungen
2.1	Baustellengemeinkosten					
2.2	Allgemeine Geschäftskosten					
2.3	Wagnis und Gewinn					
2.3.1	Gewinn					
2.3.2	betriebsbezogenes Wagnis¹					
2.3.3	leistungsbezogenes Wagnis²					
2.4	Gesamtzuschläge					

¹ Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko² Mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis

3.	Ermittlung der Angebotssumme			
		Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Her- stellungskosten €	Gesamt- zuschlä- ge gem. 2.4 %	Angebotssumme €
3.1	Eigene Lohnkosten Verrechnungslohn (1.6) x Gesamtstunden			X
	_____ x _____			
3.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)	_____	_____	_____
3.3	Gerätekosten (einschließlich Kosten für Energie und Be- triebsstoffe)	_____	_____	_____
3.4	Sonstige Kosten (vom Bieter zu erläutern)	_____	_____	_____
3.5	Nachunternehmerleistungen ³	_____	_____	_____
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer				_____

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

³ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	109-25-EK2	
Baumaßnahme M372		
Leistung Glasfaserausbau in Mannheim (M372)		

Angaben zur Kalkulation über die Endsumme

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Lohn €/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohnleitklausel vereinbart wird	
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne	
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder	
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)	

Berechnung des Verrechnungslohnes nach Ermittlung der Angebotssumme (vgl. Blatt 2)

1.5	Umlage auf Lohn (Kalkulationslohn x v.H. Umlage aus 2.1)	€/h _____	v.H. _____	
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5)			

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

(Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme)

Ermittlung der Angebotssumme		Betrag €	Gesamt €	Umlage Summe 3 auf die Einzelkosten für die Ermittlung der EH-Preise	
2	Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten			%	€
2.1	Eigene Lohnkosten Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x			x	
2.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			x	
2.3	Gerätekosten (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			x	
2.4	Sonstige Kosten (Vom Bieter zu erläutern)			x	
2.5	Nachunternehmerleistungen ¹			x	
Einzelkosten der Teilleistungen (Summe 2)				noch zu verteilen	

Zusammensetzung der Umlagesummen				
	Umlage gesamt (€)	Anteil BGK (€)	Anteil AGK (€)	Anteil W+G (€)
2.1 eigene Lohnkosten				
2.2 Stoffkosten				
2.3 Gerätekosten				
2.4 Sonstige Kosten				
2.5 Nachunternehmerleistungen				

3	Baustellengemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn		
3.1	Baustellengemeinkosten (soweit hierfür keine besonderen Ansätze im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind)		
3.1.1	Lohnkosten einschließlich Hilfslöhne Bei Angebotssummen unter 5 Mio € : Angabe des Betrages Bei Angebotssummen über 5 Mio € : Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x		
3.1.2	Gehaltskosten für Bauleitung, Abrechnung Vermessung usw.		
3.1.3	Vorhalten u. Reparatur der Geräte u. Ausrüstungen, Energieverbrauch, Werkzeuge u. Kleingeräte, Materialkosten f. Baustelleneinrichtung		
3.1.4	An- u. Abtransport der Geräte u. Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Pachten usw.		
3.1.5	Sonderkosten der Baustelle, wie techn. Ausführungsbearbeitung, objektbezogene Versicherungen usw.		
Baustellengemeinkosten (Summe 3.1)			
3.2	Allgemeine Geschäftskosten (Summe 3.2)		
3.3	Wagnis und Gewinn (Summe 3.3)		
3.3.1.	Gewinn		
3.3.2	Betriebsbezogenes Wagnis (Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko)		
3.3.3	Leistungsbezogenes Wagnis (mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis)		
Umlage auf die Einzelkosten (Summe 3)			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer (Summe 2 und 3)			

¹ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

08.05.2025

Verfahren: 109-25-EK2 - Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	LOS Los 1: Verlegung Rohrverband Hst. Hauptbahnhof Süd - Hst. Markuskirche	EUR
----------	---	------------------

Leistungsart: Bauleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Bauarbeiten für Rohrleitungen, Fernmelde- und Stromleitungen (45231000-5)
Bauarbeiten für Rohrleitungen (45231100-6)
Rohrverlegearbeiten (45231110-9)
Neuverlegung von Rohrleitungen (45231113-0)
Bauarbeiten und zugehörige Arbeiten für Rohrleitungen und Kabelnetze (45232000-2)
Verlegen von Kabeln (45314310-7)

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen pauschal die Lieferung und Verlegung eines 3er Micro-Rohrverbandes auf dem Lindenhof.

1.1	Teil 1: Lieferung Rohrverband + Zubehör	EUR
------------	--	------------------

1.1.1	1.1.1 Rohrverband SRV-G 3 x 14 tc liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
--------------	--	----------	-------	---------	-------------------	-------------------

19% 1.800,00 Meter

.....
pro 1,00 Meter

Rohrverband SRV-G 3 x 14 tc
- Geeignet zum Einziehen in bestehende Rohrtrassen

- Nach Aufschneiden des Mantels mittels Aufschneidevorrichtung zum Einziehen in HDPE-Rohr 50 / 63 mm geeignet

- Bestehend aus einem Mantelrohr 40 + 0,4 x 0,5 + 0,2 mm
- Mantelrohr gefüllt mit 3 Stück erdverlegbaren Mikrorohren 14 x 2,0 mm
- Außenkontur variabel (rund bis oval bis nierenförmig)

- Mantelrohr dicht gegen Gas und Wasser, Nenndruck 1 bar
- Zulässige Zugbelastung des Rohrverbandes 2.800 N.
- Mikrorohre sind farblich gekennzeichnet mit verschiedenen Farben, Reihenfolge: Farbstreifen, transparent, Farbstreifen, transparent, Streifenbreite ca. 9,5 mm
- Zeitstandfestigkeit für Mikrorohre nach DIN 16874
- UV-Stabilität für Mikrorohre 2 Jahre südeuropäisches Klima, geprüft nach DIN EN ISO 4892-2
- Geprüft nach DIN 6386-24 (Elektroinstallationsrohr systeme) mit CE-Kennzeichen
- Homogenität für Mikrorohre geprüft nach DIN 8075
- Geeignet für muffenloses Abzweigen
- Geeignet zum Abdichten gegen Gas und Wasser bis 0,5 bar mit Abdichtelement 40 mm
- Mikrorohr mit optimierten Gleitrippen (innen)
- Farben der Mikrorohre: schwarz, braun und rot
System gabocom oder gleichwertig liefern

1.1.2	1.1.2. Doppelsteckmuffen DSM 14 transparent permanent liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	18,00	Stück		
	Doppelsteckmuffen DSM 14 transparent permanent System gabocom oder gleichwertig liefern			 pro 1,00 Stück

1.1.3	1.1.3. Endstopfen transparent ES 14 permanent liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6,00	Stück		
				 pro 1,00 Stück

Endstopfen transparent ES 14 permanent System gabocom oder
gleichwertig liefern

1.2	Teil 2: Verlegung Rohrverband	EUR				
1.2.1	1.2.1. Baustelleneinrichtung	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Pauschale	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Pauschale	Gesamtpreis [EUR]
	Einrichten und Räumen der Baustelle für sämtliche in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Leistungen incl. Material u. Baustoffe für alle Grundleistungen					
1.2.2	1.2.2. Baustellenlogistik	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Pauschale	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Pauschale	Gesamtpreis [EUR]
	Durchführung der Baustellenlogistik für alle mit dem Los verbundenen logistischen Leistungen. Das beinhaltet auch die Durchführung sämtlicher materiellen Ver- und Entsorgungen, sämtlicher Transporte inkl. deren Vorhaltung.					
1.2.3	1.2.3. Verkehrssicherung	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Pauschale	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Pauschale	Gesamtpreis [EUR]
	Durchführen der Verkehrssicherung sowie das Einholen der verkehrsrechtlichen Genehmigungen und den Auf-, Abbau und das Vorhalten aller damit verbundener Beschilderungen und Absperrungen					

1.2.4	1.2.4. Baustelle sichern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	40,00	Stunden pro 1,00 Stunden
	Baustelle sichern incl. Bereitstellen von Sicherungsposten. Zur Absicherung der Arbeiten im Gleisbereich sind vom AN Sicherungsposten nach Anforderung des RNV zu stellen. Der AN hat vor Arbeitsbeginn einen Sicherheitsplan zu erstellen der dem AG vor der Ausführung zur Genehmigung vorzulegen ist.					
1.2.5	1.2.5. Rohrverband einziehen in Verrohrung im Gleis-, Straßen- und Bahnsteigbereich sowie in Kabeltrögen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1.800,00	Meter pro 1,00 Meter
	Rohrverband einziehen in Kabelschutzrohr im Gleis-, Straßen- und Bahnsteigbereich sowie in Kabeltrögen und in alle notwendigen Gleisquerungen gemäß Lageplan, Verlegung auch in bereits belegte Rohre, einschließlich öffnen und schließen der Schächte bzw. Tröge					
1.2.6	1.2.6. Kabelschacht öffnen / schließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	40,00	Stück pro 1,00 Stück
	Kabelschächte für die Kabel- bzw. Rohrverbandverlegung sowie die Kabelkennzeichnung öffnen und schließen					

1.2.7	1.2.7. Doppelsteckmuffe permanent transparent für Mikro-Rohr Ø 14 einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	18,00	Stück pro 1,00 Stück
	Doppelsteckmuffe permanent transparent einbauen					
1.2.8	1.2.8. Endstopfen permanent transparent für Mikro-Rohr Ø 14 einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6,00	Stück pro 1,00 Stück
	Endstopfen permanent transparent einbauen					
1.2.9	1.2.9. Außenverteilerschrank-einführung MFG8 Markuskirche	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
	Rohrverband in Außenverteilerschrank einführen, speedpipes mit Einzelzugabdichtung nach Einführen sachgerecht verschließen. Im Schrankunterteil Granulatverfüllung entfernen und wiedereinbauen					
1.2.10	1.2.10. Montage Kabelbezeichnungsschlaufe n	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	42,00	Stück pro 1,00 Stück
	Kennzeichnung von Kabeln mit Kabelerkennungsstreifen aus					

Kunststoff, für Kabeldurchmesser bis 25 mm, mit dauerhafter Beschriftung, Beschriftung nach Planungsvorgabe bzw. Angabe der Bauüberwachung,
 Farbe Schlaufen:
 - speedpipe - Kabelkennzeichnungsschlaue grün
 - TK-Kabel - Kabelkennzeichnungsschlaue grau
 - Fremdkabel - Kabelkennzeichnungsschlaue blau
 Farbe Beschriftung: weiß
 Befestigung am Kabel 1 Stück je Einführung und je Schachtdurchgang sowie bei Trogverlegung an jedem OL-Mast

1.2.11	1.2.11. Schächte von Hand reinigen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20,00	Stück		
	Schächte von Hand reinigen, Größe T1 bis T5, Schmutz entsorgen			 pro 1,00 Stück

1.2.12	1.2.12. Zuschlag Stundenverrechnungssatz bei Nacharbeit	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	320,00	Stunden		
	Zuschlag zum Stundenverrechnungssatz bei Nacharbeit			 pro 1,00 Stunden

2	LOS Los 2: Multifunktionsgehäuse MFG8 + Erdsockel liefern	EUR
----------	--	------------------

Leistungsart: Lieferleistung
 Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
 Klassifizierung: Verteileranlagen (31213000-2)
 Kabelverteilschrank (31213300-5)
 Schaltanlagen (31214000-9)

Lieferung von zwei Multifunktionsgehäuse Größe 8 (MFG8) incl. Sockel und der Teile für

den Innenausbau des MFG8 für den LWL-Ausbau im Stadtgebiet Mannheim.

2.1	1.1 MFG8 Außengehäuse liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück		
	MFG 8 Außengehäuse doppelwandiges klimatisierbares Aluminium Gehäuse aus Aluminium mit pulverbeschichteter Außenoberfläche, RAL7035 Gehäuse witterungsbeständig Innenausbau modular gestaltbar: passive und aktive ausgebaut mit: vorbereitet für Panels 200mm Platte mit 9x 170mm Umlenktionnen V-Kabeldurchführung Schutzklasse IP 55 Außenmasse BxHxT: 1000x1600x500mm System Connect Com oder gleichwertig liefern			 pro 1,00 Stück

2.2	1.2 MFG8 Erdsockel 10/08 liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück		
	MFG Erdsockel 10/08 aus Aluminium mit pulverbeschichteter Außenoberfläche, RAL7035 ohne Kabelführung Gehäuse witterungsbeständig Füße verschweißt, BxHxT 1000x660x500mm System Connect Com oder gleichwertig liefern			 pro 1,00 Stück

2.3	1.3 Sockelfüller für KV-Schränke 50L Beutel (4-8mm) liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Stück		
	Sockelfüller für KV-Schränke 50L Beutel (4-8mm) System Connect Com oder gleichwertig liefern			 pro 1,00 Stück

2.4	1.4 MFG Vario Kabeldurchführung 90 Grad liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
	MFG Vario flexible Kabeldurchführung 90 Grad zur Kabeldurchführung in das MFG Vario System Connect Com oder gleichwertig liefern					
2.5	1.5 MFG Sockel/Rohrabfangsystem vertikal liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
	MFG Sockel/Rohrabfangsystem vertikal zu MFG Außen-Gehäuse zum Abfangen der ankommenden speedpipes und Kabel bestehend aus: 1x Querträger 4x Kabelschelle 18 - 22mm System Connect Com oder gleichwertig liefern					
2.6	1.6 Microrohrabfangwinkel für 20x 14/10 pipes liefern	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
	Microrohrabfangwinkel für 20x 14/10 pipes System Connect Com oder gleichwertig liefern					

2.7	1.7 Kabelabfangung der Zentralelemente liefern	USt. [%] 19%	Menge 10,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
Kabelabfangung der Zentralelement System Connect Com oder gleichwertig liefern						
2.8	1.8 Patchpanel 1HE SLITE HD rechts 36 x LC/APC/D liefern	USt. [%] 19%	Menge 32,00	Einheit Stück	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Stück	Gesamtpreis [EUR]
Patchpanel 1HE SLITE HD rechts 36 x LC APC/D GN, 72x9/125 Set DIN 3 nach rechts ausschwenkbare Schubladen 3 Schubladen bestückt nach Farbcode DIN inkl. 3x 3m Schutzrohr 10mm (AD) System Connect Com oder gleichwertig liefern						
3	LOS Los 3: Tiefbau für MFG8 Rheinstr. und Markuskirche in Mannheim					EUR
Leistungsart: Bauleistung Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis Klassifizierung: Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen (45221250-9) Bauarbeiten für Rohrleitungen, Fernmelde- und Stromleitungen (45231000-5) Bauarbeiten für Rohrleitungen (45231100-6) Bauarbeiten und zugehörige Arbeiten für Rohrleitungen und Kabelnetze (45232000-2) Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen den Transport des MFG8-Schranks und des Sockels vom Betriebshof Möhlstr. auf die jeweilige Baustelle in Mannheim, die Tiefbauarbeiten für den Einbau des Sockels in den Haltestellen Markuskirche und Rheinstraße gemäß der Abstimmung mit dem Projektleiter der Fachabteilung IS1, Anbindung der Sockel an die Rohrtrasse mit je vier Leerrohren DN110 sowie die Montage der MFG8-Gehäuse auf den Sockel.						
3.1	Tiefbau für MFG8 Haltestelle Rheinstr.					EUR
3.1.1	1.1 Baustelle einrichten	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Pauschale	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Pauschale	Gesamtpreis [EUR]

3.1.2	1.2 Baustelle räumen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale
<hr/>						
3.1.3	1.3 Beweissicherung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale
<hr/>						
3.1.4	1.4 Baustellenabsicherung, Verkehrssicherung, Verkehrslenkung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale
<hr/>						
3.1.5	1.5 Verkehrsrechtliche Anordnung einholen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale

3.1.6	1.6 Standortfestlegung und Absteckung des Fundamentes (Blockgründung)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück
<hr/>						
3.1.7	1.7 Bodenaushub Kl. 3-5	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,50	Kubikmeter pro 1,00 Kubikmeter
	für Blockfundament, Schächte und Kabelgraben ausheben und wieder verfüllen Zusammensetzung der Menge 1,35: Grube 1,50 * 1,00 * 0,90 Zusammensetzung der Menge 1,96: Graben zum Schacht 4,00 * 0,70 * 0,70					
<hr/>						
3.1.8	1.8 Bodenaushub Kl. 3-5 als Zulage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,50	Kubikmeter pro 1,00 Kubikmeter
	für Blockfundament, Schächte und Kabelgraben „Handschachtung“					

3.1.9	1.9 Beton-unbewehrt aufbrechen	USt. [%] 19%	Menge 0,50	Einheit Kubikmeter	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Kubikmeter	Gesamtpreis [EUR]
	Beton-unbewehrt/Mauerreste sowie Felsgestein aufbrechen, laden und entsorgen Zusammensetzung der Menge: 0,50: 2,50 * 0,80 * 0,25					
<hr/>						
3.1.10	1.10 Beton-/Mauerreste als Zulage	USt. [%] 19%	Menge 0,50	Einheit Kubikmeter	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Kubikmeter	Gesamtpreis [EUR]
	Beton-/Mauerreste sowie Felsgestein aufbrechen als Zulage, bewehrt mit Eisen					
<hr/>						
3.1.11	1.11 Beton XC2 C25/30 weich	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit Kubikmeter	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Kubikmeter	Gesamtpreis [EUR]
	liefern und einbauen					
<hr/>						
3.1.12	Kabelschutzrohr DN 110 mm flexibel	USt. [%] 19%	Menge 25,00	Einheit Meter	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Meter	Gesamtpreis [EUR]
	liefern und verlegen. 4 x 6,0m					
<hr/>						

3.1.13	1.13 Schaltschranksockel einbauen/setzen mit Betonfuß	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

3.1.14	1.14 Verfüllung und Verdichtung von Gruben/Gräben	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,50	Kubikmeter pro 1,00 Kubikmeter

3.1.15	1.15 Herstellen von Anschlüssen in den Schächten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Stück pro 1,00 Stück

3.1.16	1.16 Mauerdurchführung - Kernbohrung bis 110 mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
	inkl. Wasserdicht verschließen, in vorhandenen Schacht					

3.1.17	1.17 Liefern von Aushub oder Schotter 0-45 mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	Kubikmeter pro 1,00 Kubikmeter

3.1.18	1.18 Schaltschrank auf Sockel setzen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

3.2	Tiefbau für MFG8 Haltestelle Markuskirche	EUR				
------------	--	------------------	--	--	--	--

3.2.1	2.1 Baustelle einrichten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale

3.2.2	2.2 Baustelle räumen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale

3.2.3	2.3 Beweissicherung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale
<hr/>						
3.2.4	2.4 Baustellenabsicherung, Verkehrssicherung, Verkehrslenkung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale
<hr/>						
3.2.5	2.5 Verkehrsrechtliche Anordnung einholen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale pro 1,00 Pauschale
<hr/>						
3.2.6	2.6 Standortfestlegung und Absteckung des Fundamentes (Blockgründung)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

3.2.7	2.7 Bodenaushub Kl. 3-5	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,50	Kubikmeter		
	für Blockfundament, Schächte und Kabelgraben ausheben und wieder verfüllen Zusammensetzung der Menge 1,35: Grube 1,50 * 1,00 * 0,90 Zusammensetzung der Menge 1,96: Graben zum Schacht 4,00 * 0,70 * 0,70			 pro 1,00 Kubikmeter

3.2.8	2.8 Bodenaushub Kl. 3-5 als Zulage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,50	Kubikmeter		
	für Blockfundament, Schächte und Kabelgraben „Handschachtung“			 pro 1,00 Kubikmeter

3.2.9	2.9 Beton-unbewehrt aufbrechen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	0,50	Kubikmeter		
	Beton-unbewehrt/Mauerreste sowie Felsgestein aufbrechen, laden und entsorgen Zusammensetzung der Menge: 0,50: 2,50 * 0,80 * 0,25			 pro 1,00 Kubikmeter

3.2.10	2.10 Beton-/Mauerreste als Zulage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	0,50	Kubikmeter		
	Beton-/Mauerreste sowie Felsgestein aufbrechen als Zulage, bewehrt mit Eisen			 pro 1,00 Kubikmeter
<hr/>						
3.2.11	2.11 Beton XC2 C25/30 weich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Kubikmeter		
	liefern und einbauen			 pro 1,00 Kubikmeter
<hr/>						
3.2.12	2.12 Kabelschutzrohr DN 110 mm flexibel	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	25,00	Meter		
	liefern und verlegen. 4 x 6,0m			 pro 1,00 Meter
<hr/>						
3.2.13	2.13 Schaltschranksockel einbauen/setzen mit Betonfuß	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück		
				 pro 1,00 Stück
<hr/>						

3.2.14	2.14 Verfüllung und Verdichtung von Gruben/Gräben	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,50	Kubikmeter pro 1,00 Kubikmeter

3.2.15	2.15 Herstellen von Anschlüssen in den Schächten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Stück pro 1,00 Stück
	inkl. Wasserdicht verschließen, in vorhandenen Schacht					

3.2.16	2.16 Mauerdurchführung - Kernbohrung bis 110 mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stück pro 1,00 Stück
	inkl. Wasserdicht verschließen, in vorhandenen Schacht					

3.2.17	2.17 Liefern von Aushub oder Schotter 0-45 mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	Kubikmeter pro 1,00 Kubikmeter

3.2.18	2.18 Schaltschrank auf Sockel setzen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück pro 1,00 Stück

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 109-25-EK2 - Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

EIGNUNGSKRITERIEN

1	Los 1 - "Los 1: Verlegung Rohrverband Hst. Hauptbahnhof Süd - Hst. Markuskirche"
1.1	Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit
1.1.1	Information zur Technischen Leistungsfähigkeit
	<p>K.O.-Kriterium: Nein</p> <p>Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot mindestens 2 Referenzprojekte anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.</p> <p>Mindestanforderung: - Mindestens 2 Referenzen, die innerhalb der letzten 3 Jahre abgeschlossen wurden über den Einbau von Micro-Kabeln und LWL-Kabeln.</p> <p>Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.</p> <p>Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bietergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben.</p> <p>Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.</p>
1.1.2	Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft
	<p>Gewichtung: 0,00%</p>
1.1.2.1	Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1
1.1.2.1.1	Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]
	<p>K.O.-Kriterium: Ja</p> <p>Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?</p> <p><input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p> <p>Nur eine Antwort wählbar</p>
1.1.2.1.2	Referenzinhaber [Mussangabe]
	<p>K.O.-Kriterium: Nein</p> <p>Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?</p> <p>Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.</p> <p>Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.</p>
1.1.2.1.3	Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]
	<p>K.O.-Kriterium: Nein</p> <p>Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein: - Name des Auftraggebers - Anschrift - ggf. Ansprechpartner</p> <p>Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.</p>
1.1.2.1.4	Leistungszeitraum [Mussangabe]
	<p>K.O.-Kriterium: Nein</p> <p>Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an. Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")</p> <p>Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.</p>

1.1.2.1.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.1.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

1.1.2.2.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.1.2.2.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

1.1.2.3.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.1.2.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an. Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.4 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 4 (optional)

1.1.2.4.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.1.2.4.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.4.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.4.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.2.4.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

1.1.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

K.O.-Kriterium: Nein

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.

Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

1.1.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

1.1.3.2.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.1.3.2.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.2.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.2.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

1.1.3.3.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.1.3.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

1.1.3.4.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.1.3.4.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.4.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.5 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 4 (optional)

1.1.3.5.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ *Keine Angabe* (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.1.3.5.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.5.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.5.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.5.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.1.3.5.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

1.2 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

1.2.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.
Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- 3 Mio. Euro pauschal für Personen- und Sachschäden 2-fach maximiert p.a.
- 100.000 Euro pauschal für Vermögensschäden 2-fach maximiert p.a.

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Im Falle der Bietergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

1.2.2 Variante 1 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Sofern der Bieter über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben.
Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Angebot einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung wie vor beschrieben von jedem Bieter/ Mitglied der Bietergemeinschaft/ Bewerber / Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.2.3 ODER Variante 2 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Alternativ: Sofern der Bieter zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bieter zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Angebot beizufügen.

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft / Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie vor beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Los 2 - "Los 2: Multifunktionsgehäuse MFG8 + Erdsockel liefern "

2.1 Erklärung zu Referenzen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Haben Sie bereits mit den in Los 3 geforderten Leistungen vergleichbare Leistungen erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen?

Der Auftraggeber behält sich vor ggf. Referenzen nachzufordern.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

2.2.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.
Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- 1 Mio. Euro pauschal für Personen- und Sachschäden 2-fach maximiert p.a.

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Im Falle der Bietergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

2.2.2 Variante 1 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Sofern der Bieter über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben. Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Angebot einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung wie vor beschrieben von jedem Bieter/ Mitglied der Bietergemeinschaft/ Bewerber / Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2.3 ODER Variante 2 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Alternativ: Sofern der Bieter zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bieter zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Angebot beizufügen.

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft / Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie vor beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Los 3 - "Los 3: Tiefbau für MFG8 Rheinstr. und Markuskirche in Mannheim"

3.1 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

3.1.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss. Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- 3 Mio. Euro pauschal für Personen- und Sachschäden 2-fach maximiert p.a.
- 100.000 Euro pauschal für Vermögensschäden 2-fach maximiert p.a.

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Im Falle der Bietergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

3.1.2 Variante 1 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Sofern der Bieter über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben. Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Angebot einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung wie vor beschrieben von jedem Bieter/ Mitglied der Bietergemeinschaft/ Bewerber / Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.1.3 ODER Variante 2 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Alternativ: Sofern der Bieter zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bieter zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Angebot beizufügen.

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft / Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie vor beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

3.2.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot mindestens 2 Referenzprojekte anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Mindestanforderung:

- Mindestens 2 Referenzen, die innerhalb der letzten 3 Jahre abgeschlossen wurden über Tiefbauarbeiten im Bereich von Gleisen im innerstädtischen Bereich.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bietergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

3.2.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

3.2.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

3.2.2.1.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.2.1.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.1.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.1.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.1.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.1.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

3.2.2.2.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.2.2.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.2.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.2.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

Gewichtung: 0,00%

3.2.2.3.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.2.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.4 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 4 (optional)

Gewichtung: 0,00%

3.2.2.4.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.2.4.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.4.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.4.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.2.4.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

3.2.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

K.O.-Kriterium: Nein

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.

Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

3.2.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

3.2.3.2.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.3.2.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.2.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.2.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.3 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

3.2.3.3.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.3.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift

- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.4 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

Gewichtung: 0,00%

3.2.3.4.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ *Keine Angabe* (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.3.4.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.4.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.4.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.4.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.5 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 4 (optional)

Gewichtung: 0,00%

3.2.3.5.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.2.3.5.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.5.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.5.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2023" oder "Juni 2022 bis Juni 2023")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.5.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

3.2.3.5.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

4	Für alle Lose
4.1	Allgemeine Angaben
4.1.1	Erklärung des Bieters [Mussangabe] <p>K.O.-Kriterium: Ja</p> <p>Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.</p> <p> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein </p> <p style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</p>
4.1.2	No-Spy-Erklärung [Mussangabe] <p>K.O.-Kriterium: Ja</p> <p>Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.</p> <p> <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein </p> <p style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</p>
4.2	Eigenerklärung Bau
4.2.1	Präqualifikation / Eigenerklärung zur Eignung <p>K.O.-Kriterium: Nein</p> <p>Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis durch Eintragung in das Präqualifikationsregister nicht präqualifizierte Unternehmen füllen das Formblatt Eigenerklärung zur Eignung aus.</p>
4.2.2	Bestätigung der Eignung [Mussangabe] <p>K.O.-Kriterium: Ja</p> <p>Die Präqualifikationsnummer wurde in das Angebotsschreiben eingetragen oder die ausgefüllte Eigenerklärung zur Eignung dem Angebot beigelegt.</p> <p> <input type="checkbox"/> Keine Angabe <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein </p> <p style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</p>
4.3	KMU
4.3.1	Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe] <p>K.O.-Kriterium: Nein</p> <p>Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an. Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt. Es gelten folgende Grenzen:</p> <p> Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz </p> <p>(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)</p> <p>Ich bin/Wir sind ein _____.</p>

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Kleinstunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 109-25-EK2 - Glasfaserausbau in Mannheim (M372)

LEISTUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Los 1: Verlegung Rohrverband Hst. Hauptbahnhof Süd - Hst. Markuskirche"
- 2 Los 2 - "Los 2: Multifunktionsgehäuse MFG8 + Erdsockel liefern "
- 3 Los 3 - "Los 3: Tiefbau für MFG8 Rheinstr. und Markuskirche in Mannheim"

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
-----	-----------	-------	-----------